





und Litauer hervorgeht, so daß bei Abstimmungen oft die eine Gruppe der anderen gegenüberstand. Mit dem gegenwärtigen Wahlbündnis der polnischen und deutschen Sozialisten ist hingegen der erste reale Schritt zur Lösung des Minderheitenproblems getan. Beide Parteien haben einen gemeinsamen Wahlauftrag erteilt, in dem die polnischen Sozialisten die deutsche Forderung nach einer national-kulturellen Autonomie übernehmen und sich verpflichten, im künftigen Sejm für ihre Verwirklichung zu kämpfen.

Wenn aber den deutschen Sozialisten der Vorwurf gemacht werden sollte, das gemeinsame Nationale hinter das gegensätzliche Soziale gestellt zu haben, so kann demgegenüber betont werden, daß sich auch Deutschbürgerliche mit einer polnischen Partei verbunden haben: die führenden deutschen Großindustriellen in Oberschlesien haben einen Aufruf der Wirtschaftsoverbände im Sinne einer Unterstützung der Pilsudskiliste unterzeichnet, in der Absicht, die Regierung in gewissen Wirtschaftsfragen für sich zu gewinnen. Die kapitalistischen Interessen haben sich hier stärker als die nationalen Gefühle erwiesen. Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß das sozialistische Wahlbündnis in der Praxis für die Besserung der Lage der deutschen Minderheit weit mehr bedeutet als der gesamte Minderheitenblock. Das deutsch-polnische Bündnis, das den Anfang der Ueberbrückung der nationalen Gegensätze bedeutet, wird im künftigen Sejm auch auf die slawischen und jüdischen sozialistischen Parteien, die sich ebenfalls dem Minderheitenblock nicht angeschlossen haben, ausgedehnt werden, um eine geschlossene sozialistische Front zu bilden. Diese Front wird auch die Kleinbauernpartei „Wyzwolenje“ (Die Befreiung) umfassen, deren Programm sich mit demjenigen der PPS. völlig deckt.

Eine starke parlamentarische Linke wird im künftigen Sejm umso bedeutsamer sein, als diesem das Recht aussteht, mit Dreifünftel-Mehrheit und ohne Zustimmung des Senats Verfassungsänderungen zu beschließen, die für die weitere politische Entwicklung sehr wichtig werden können.

Es gilt als gewiß, daß Pilsudski vom Parlament eine Aenderung des Wahlsystems für den Staatspräsidenten verlangen wird, nämlich die Volks- statt der Parlamentswahl. Auf diese Weise will Pilsudski, den große Volksteile immer noch als den Befreier Polens vom fremden Joch feiern, sich die Wahl auf diesen obersten Staatsposten sichern, dessen bisherige rein repräsentative Stellung ebenfalls erweitert werden soll. Demnach soll künftighin die Regierung nicht mehr dem Parlament, sondern nur dem Staatspräsidenten verantwortlich sein, der auch die einzelnen Minister ernennen und absetzen soll. Schließlich beabsichtigt Pilsudski — der hierbei auf die Unterstützung der Rechten rechnen kann, den Senat zu einer Art Ständekammer umzugestalten.

Diesen Versuchen, die demokratisch-parlamentarische Verfassung, die in ihrer Anwendung gegenüber den Minderheiten übrigens nur Buchstabe geblieben ist, in reaktionärem Sinn umzugestalten, haben die Sozialisten allerhöchsten Kampf angelegt. Ihre Stellung ist daher doppelt schwer: von der Rechten werden sie wegen ihres Bündnisses mit den deutschen Sozialisten des „nationalen Berrats“ beächtigt und von der Regierung und ihren Verwaltungsorganen werden sie überall schikaniert und an der Wahlbarkeit gehindert. Ja, einzelne Bezirkslisten der PPS. sind von den Wahlkommissaren, ungewisselhaft auf höheren Befehl für ungültig erklärt worden! Der „Kobolnik“ hat eine heilsamere Kritik eingeführt, in der Tag für Tag über Wahlterror gegen die Sozialisten berichtet wird. Je näher der Wahltermin, desto rücksichtsloser werden die Bedrückungen und Gewalttaten. Zur Wahl hat die Regierung überdies an ihre Organe besondere Weisungen gerichtet, die auf nichts anderes hinauslaufen, als auf eine willkürliche Korrektur des Wahlergebnisses zugunsten der Regierungsliste!

Das Wahlergebnis entscheidet darüber, ob in Polen ein neuer politischer Kurs beginnen soll, innerpolitisch durch das sozialistische Programm hinsichtlich der Lösung der Minderheitenfrage bestimmt; nach außen hin durch einen Sieg der Sozialisten eine Vertiefung der polnischen Friedenspolitik und die Annäherung an Deutschland — oder ob Pilsudski sich angesichts eines schwachen Sejms zur Beibehaltung seiner bisherigen, das Parlament ausschaltenden Regierungsweise veranlaßt sehen soll, die eines Tages unweigerlich zur offenen Diktatur führen muß.

### Abkündigung des Wahlgeheimnisses auch noch!

Beuthen 1. März.

Nach Mitteilungen polnischer Blätter ist beabsichtigt, die Geheimhaltung der Stimmabgabe bei der Sejmwahl dadurch zu beseitigen, daß in den Wahllokalen keine Wahlgellen eingerichtet und die Wahllokalen aus durchsichtigem Papier hergestellt werden. Die Stimmzettel sollen unmittelbar vor dem Wahlleiter in die Urne geschleudert werden. — Die Post hat jetzt einen Briefstempel eingeführt: „Stimmt für die Liste 1“ (Regierungsliste).

### Studentenstreik in Warschau.

Warschau, 1. März. (Eigenbericht.)

Vor zwei Tagen kam es in Warschau während einer Studentendemonstration für den katholisch-nationalen Block zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die die Studenten bis in die Technische Hochschule verfolgte und dabei zahlreiche Studenten verhaftete und misshandelte. Aus Protest gegen diesen Polizeiterror und gegen die Vergewaltigung der akademischen Freiheit beschloßen die Studenten sämtlicher Warschauer Hochschulen morgen einen eintägigen Streik zu proklamieren.

### Der Elektrokampf an der Saar.

Hermes als Vermittler.

Bekanntlich haben sich über die Auslegung des vor einem Jahre zwischen Preußen und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke abgeschlossenen Demarkationsvertrages Meinungsverschiedenheiten das Saargebiet betreffend ergeben. Da dieser Demarkationsvertrag inzwischen auf die Preussische Elektrizitäts-L.G. übergegangen ist, haben die beiden Gesellschaften Herrn Reichsminister a. D. Dr. Hermes, der gleichzeitig Ausschussratsmitglied der beiden Gesellschaften ist, gebeten, sich um die Klärung der strittigen Frage zu bemühen. Die Meldungen von einem Auftrage der preussischen Staatsregierung an Herrn Reichsminister a. D. Dr. Hermes sind unzutreffend.

# Südwest-Geist?

Was republikanische Offiziere treiben. — Feme gegen Deimling.

Es gibt in Berlin eine „Bereinigung ehemaliger Offiziere der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika & K.“ Sie soll scheidungsgemäß, außer der „Pflege der Ueberlieferung der Schutztruppe und des Andenkens an die gefallenen Kameraden“, u. a. auch „die Bestrebungen auf reifliche (!) Rückgabe unserer Schutzgebiete“ fördern.

Jährlich hält die Vereinigung Ende Januar ihre Generalversammlung ab, über die ein gedruckter Bericht herausgegeben wird. Der Bericht über die letzte Generalversammlung, die wohl nur „zufällig“ am 1. Januar stattfand, liegt uns vor. Er enthält manche Stellen, die auf die Geistesverfassung vieler ehemaligen kaiserlichen Schutztruppenoffiziere ein eigenartiges Licht werfen. So lesen wir:

„Für die seitens des schweizerischen Oberstleutnants Dr. Bircher in den „Schweizer Monatsheften“ gegen General der Infanterie a. D. von Deimling geführte Polemik anlässlich der letzten diesseits (!) auch in der Schweiz betriebenen pazifistisch-defaitistischen (?) Agitation haben mehrere Mitglieder der Vereinigung Herrn Oberstleutnant Bircher Material geliefert, das in einem Aufsatz Verwendung gefunden hat.“

Großartig, nicht wahr? Ehemalige deutsche Offiziere liefern einem ausländischen Offizier Material gegen den deutschen General, der anerkanntermaßen mehr als irgend sonst jemand für das deutsche Schutzgebiet in Südwestafrika geleistet hat und dessen koloniale Verdienste einst von der ganzen deutschen Armee gepriesen wurden. Über weil Deimling jetzt Republikaner und sogar Reichstagsmitglied ist, weil er den Unfug der Schwarzen Reichswehr bekämpft hat, weil er für den Frieden eintritt, deshalb wird er pervertet. Und die „Bereinigung“ rühmt noch die Demagogikfähigkeit ihrer Mitglieder, die „diesen Herrn“ von Deimling in einer ausländischen Zeitschrift angreifen helfen!

Die staatsreaktionäre Gesinnung der Vereinigung geht auch aus dem Bericht über die vorletzte Generalversammlung (30. Januar 1927) hervor:

„Den „Ber. Vaterländischen Verbänden Deutschlands“, deren Tätigkeit auf die Bekämpfung der zweiten Revolution und des Volkswissens (?) gerichtet ist, wurden 50 M. gespendet. . . . Rege Beteiligung an der seitens des Deutschen Offiziersbundes, des Nationalverbandes deutscher Offiziere usw. für den 8. Februar 1927 in Aussicht genommenen Feler aus Anlaß der 50-jährigen Wiederkehr des Eintritts Kaiser Wilhelms II. zum Dienst in die preussische Armee wurde angeregt.“

Angefaßt dieser Tatsachen ist das Mitgliederverzeichnis der Vereinigung besonders interessant. Es enthält u. a. folgende Namen von aktiven Offizieren und Beamten der Reichswehr oder anderer Wehr:

- Beuster, Kapitänleutnant a. D., Ober-Reg.-Rat im Reichswehrministerium.
- Bräuner, Hauptmann a. D., Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt.
- Zuffrich, Major a. D., Polizeimajor in Charlottenburg.

Deiniger, Major, Kommandantur des Truppenübungsplatzes Ohdruf (Thür.).

Jahnert, Major im Reichswehrministerium.

Friedrich, Hauptmann a. D., Ob.-Reg.-Rat im Reichswehrministerium.

Geibel, Polizeimajor, Frankfurt a. M.

Heißbrunner, Leg.-Rat I. Kl. im Auswärtigen Amt.

Hehe, Chef der Seeressortierung.

Karlowa, Rittmeister a. D., Ministerialrat im Reichsfinanzministerium (Stellvert. Schatzmeister der Vereinigung).

Kaßl, Hauptmann a. D., geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, deutscher Delegierter in der Mandatskommission des Völkerbundes.

Kleinheim, Reichswehrmajor in Schwelm.

Kochanowski, Major a. D., Ministerialrat im Reichswehrministerium.

Lindebaum, Oberstleutnant der Reichswehr in Königsberg.

Martin, Reichswehrhauptmann, Pflau.

Melcher, Oberstabsarzt der Reichswehr, Minden (Westf.).

von Pressentin, Reichswehroberst, Minden (Westf.).

Richter, Ministerialrat im preussischen Landwirtschaftsministerium.

von Saldern, Reichswehrmajor, Schießplatz Rummelsdorf bei Jossen.

Schaumburg, Reichswehrmajor, Sübel.

Schöneweid, Kriegsgerichtsrat.

Sommer, Hauptmann und Referent im Reichswehrministerium.

Strickes, Reichswehroberst in Berlin.

Voß, Polizeimajor, Schönberg.

Wenn die Zeitung der Reichswehr es mit der „Entpolitisierung“ der Wehrmacht ernst meint, wenn die „Entpolitisierung“ nicht nur ein Schlagwort zur Maskierung von reaktionären Bestrebungen ist, dann muß die „Bereinigung“ ehemaliger Offiziere der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika vor die Alternative gestellt werden: entweder hört die Politik bei euch auf, oder alle Reichswehrangehörigen werden aus der Vereinigung austreten müssen. Es geht nicht an, daß aktive Offiziere einem Verein angehören, der den R. A. B. Geld spendiert, der die Beteiligung an Jubiläumseinfahrten Wilhelms anregt, der sich an der Feme gegen Deimling beteiligt, und ähnliche Dinge mehr. Dabei muß das Beispiel von oben kommen: General Hehe hat hier die beste Gelegenheit, die Aufrichtigkeit seiner Versprechungen zu beweisen.

Andererseits glauben wir nicht, daß es für die Reichspolitik sehr vorteilhaft ist, wenn Deutschlands Vertreter in der Mandatskommission des Völkerbundes einem Verein angehört, der die „reife Rückgabe unserer Kolonien“ verlangt. Diese Forderung ist so nativ, daß man sie den Bierbanpolitikern überlassen und nicht von einer Vereinigung erheben lassen sollte, die zu Tugenden hohe aktive Beamte und Offiziere in ihren Reihen zählt.

# Warnung an den Bürgerblock!

Der Reichsrat über die Finanzlage.

Der Bericht des Reichsrats über den Nachtragsetat führt den Parteien des Notprogramms in sehr ernster Form ihre Verantwortung für die Zukunft vor Augen. Es heißt in diesem Bericht:

„Der für 1928 erzielte Ueberschuß erhöht sich dadurch auf 173,7 Millionen gegen 160 Millionen nach der Vorlage — die Tatsache, daß für 1927 aus Zinsen und Steuern rund 702 Millionen e. g. m. 712 Millionen Mark mehr zu erwarten sind, als ursprünglich veranschlagt war, hatte die Deffektivität vielfach zu freudiger Erregung über „Reformmaßnahmen“ und zum Optimismus für die Zukunft verführt. Es ist aber festzustellen, daß der Haushalt für 1928 bereits mit so hohen Mehreinnahmen rechnet, daß er sogar über die 702 Millionen hinaus noch weitere 240 Millionen aus denselben Quellen erwartet. Sind dabei zwar für 200 Millionen weniger veranschlagt, als jetzt erreicht sind, so wurde für andere Steuern ein erhebliches Mehrverträgnis eingeseht.“

Die ernste Prognose für den im Herbst auszufehenden Haushalt für 1929, bei dem weitere 292 Millionen für Reparationszahlungen aufzuweisen sind und einmalige Einnahmen (aus Münzgewinn und Ueberschuß) von rund 400 Millionen voraussichtlich fehlen, bleibt also bestehen. Die Höhe der von selbst wegfallenden Ausgaben wird nur einen Bruchteil dieser Summen betragen. Ohne die Absicht, schwarz zu sehen, erscheint es Pflicht, auf diese Tatsachen hinzuweisen.“

Der sterbende Bürgerblock wirtschaftet jetzt nach der Parole: „Rach uns die Sintflut!“ Seine Parteien werden bei der Aufstellung des Etats für 1929 an ihre Laten von heute gemacht werden!

### Reichsrat und Notprogramm.

Das Mantelgesetz angenommen.

Die Vollversammlung des Reichsrats stimmte dem Nachtragsetat in der Fassung der Ausschussbeschlüsse mit Mehrheit zu, auch die beiden Entschleunungen betr. die Phoebeus-Angelegenheit wurden angenommen. Nach Annahme des Nachtragsetats gab der Bevollmächtigte der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat, Freiherr v. Gahl, folgende Erklärung ab:

„Nachdem jedoch der Reichsrat im Rahmen des Nachtragsetats für 1927 die Ostpreußenhilfe einmütig verabschiedet hat, ist es mir ein dringendes Bedürfnis, im Namen Ostpreußens den Regierungen der deutschen Länder den aufrichtigsten Dank auszusprechen für diese großzügige Tat der Hilfe. Zum ersten Male wird durch diesen Beschluß der Grundlag durch den Reichsrat festgelegt, daß das vom Reich abgeklärte Ostpreußen sich in einer Sonderlage befindet, die auch eine besondere Berücksichtigung dieses Reichsteils notwendig macht. Ich darf dem Dank an die Länder ganz besonderen Dank hinzufügen an den Herrn Reichspräsidenten, den

Herrn Reichskanzler und die Reichsregierung, sowie an den Herrn preussischen Ministerpräsidenten und die preussische Regierung für ihre tatkräftige Hilfe und schließlich an Herrn Ministerialdirektor Dommann und seine Herren Mitarbeiter für ihre überaus große und von warmem persönlichen Interesse getragene Mithewaltung.“

Der Reichsrat erklärte sich auf Grund der Verhandlungen in den betreffenden Ausschüssen mit dem vom Reichsrat angenommenen Gesetzentwurf über Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues einverstanden.

Auf der Tagesordnung stand weiter der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Dieser Gesetzentwurf bildet einen Teil des Notprogramms der Reichsregierung. Die Ausschüsse des Reichsrats haben die Vorlage ohne wesentliche materielle Veränderungen angenommen.

Dagegen wurde ein nachträglich von der Regierung gestellter Antrag, die Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes daran zu fassen, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens durch besonderes Gesetz bestimmt werde, abgelehnt.

Ministerialdirektor Grießer wiederholte in der Vollversammlung im Auftrage der Reichsregierung den Antrag, in das Gesetz die Bestimmung aufzunehmen, wonach der Zeitpunkt des Inkrafttretens durch besonderes Gesetz bestimmt wird.

Der Antrag der Reichsregierung (Bestimmung des Zeitpunktes des Inkrafttretens durch besonderes Gesetz [Mantelgesetz]) wird mit Mehrheit angenommen und mit diesem Antrag der Gesetzentwurf.

### Weisse Mäuse.

Dyabliergesahr für Ludendorff.

Ludendorffs Geisteszustand wird vor Gericht beleuchtet werden. Graf Dohna hat ihn wegen Beleidigung verklagt. In einer öffentlichen Versammlung in Gotha hat der General behauptet, er habe von einem „früheren Freimaurer“ einen Brief erhalten, in dem ihm dieser mitgeteilt habe, daß er in den Jahren 1911 bis 1918 in Logenversammlungen mehrfach gehört habe, wie der Plan erörtert worden sei, den österreichischen Thronfolger zu ermorden, um dadurch den Weltkrieg heraufzubeschwören. Der Briefschreiber habe seine Behauptung dem damaligen Großmeister der Landesloge von Preußen, dem Grafen Dohna, mitgeteilt, mit der Bitte, er möge gegen den Plan Stellung nehmen. Dieser habe sich jedoch ablehnend verhalten und sich dadurch, wie Ludendorff erklärte, des Landesverrats schuldig gemacht.

Nächstens wird Ludendorff enthüllt, daß die Freimaurer im Jahre 1871 sich verschworen hätten, Deutschland den Versailler Vertrag aufzuerlegen.



## Sozialismus und Rationalismus. Entschließung der Internationale.

In der Züricher Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale berichtete de Brouckère (Belgien) im Namen der Kommission für Minderheitspolitik über die Einigungsbestrebungen in der Tschechoslowakei, den Arbeitsplan der Kommission in bezug auf die nationalen Probleme des Baltens und schließlich über Differenzen in bezug auf die Politik der ukrainischen Sozialdemokratie. Die Kritik richtete sich gegen die Stellungnahme der ukrainischen Partei in ihren Kundgebungen aus Anlaß der Ermordung Petliuras. In der Kommission, deren Aufmerksamkeit Genosse Abramowitsch (Rußland SD.) auf diese Fragen gelenkt hatte, war es gelungen, zu einer Einigung zu gelangen, die in folgendem gemeinsamen Antrag der Delegationen der ukrainischen und der russischen Sozialdemokratie zum Ausdruck kam:

In der Atmosphäre der scharfen Rationalitätskämpfe, auch der gegenseitigen nationalen Erbitterung, die immer noch in der Sowjetunion unter dem Einwirken der fürchterlichen Geschehnisse des Bürgerkrieges und der Judenpogrome herrscht, ist es doppelt notwendig für die sozialistischen Parteien der einzelnen Nationen, die die Interessen der Arbeiterklasse in dem Befreiungskampf ihrer Nation, an dem sie sich beteiligen müssen, vertreten wollen, ihre Selbstständigkeit gegenüber der allgemeinen bürgerlich-nationalen Bewegung zu bewahren und alles zu vermeiden, was in den Arbeitermassen den Eindruck erwecken könnte, als ob die sozialistische Partei mit den bürgerlichen Chauvinisten und ihrer nationalen Taktik solidarisch wäre. Nur durch scharfe und klare Trennung von dem völkerverbeugenden Rationalismus der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die bestrebt sind, die Massen vom Klassenkampf abzulenken und sie zum Kampf der Nationen zu mobilisieren, ist es möglich, die sozialistischen Parteien zu einer „dritten Macht“ zwischen und über den sich bekämpfenden Nationalismus zu machen.

Um den Nationalismus und die Reaktion erfolgreich zu bekämpfen, ist es notwendig, daß die sozialistischen Parteien der einzelnen Nationen in den Ländern der Sowjetunion zu einander in Beziehungen treten, die des gegenseitigen Vertrauens und die Solidarität der Arbeitermassen stärken.

Genosse de Brouckère verwies auf die schwierigen Probleme, die aus den komplizierten nationalen Verhältnissen des Ostens für die sozialistische Bewegung entstehen. Nach weiteren Ausführungen von Jordum (Palästina), Abramowitsch (Rußland SD.) und Longuet (Frankreich) wurde die Resolution einstimmig beschlossen.

### Der Matteotti-Fonds.

In der Züricher Exekutivsituation der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kündigte das Komitee für Verwaltung des Matteotti-Fonds an, daß ein ausführlicher Bericht dem Brüsseler Kongreß vorgelegt werden wird. Das Komitee richtet an die Parteien die Aufforderung, Mittel für diesen Fonds, an den immer größere Anforderungen gestellt werden, beizusteuern. Vorkäufig ist die Leistung der kleinen Länder relativ weitaus größer als die der großen Länder. Am besten sind die Sammlungen bisher in Holland, Schweden und Deutschösterreich gelungen. Leider haben eine Anzahl Parteien nicht einmal das Minimum an den Matteotti-Fonds geleistet, das mit 10 Proz. ihrer Beiträge an die Internationale festgesetzt worden ist. Zur Steigerung des Matteotti-Fonds wird zur Waise eine internationale Matteotti-Karte herausgegeben werden, deren Reisertrag dem Matteotti-Fonds zuzuführen wird.

### Die Entfesselung Bujors.

Auf Antrag der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen hat die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale folgenden Beschluß gefaßt: Die Exekutive nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß R. G. Bujar immer noch von den Machthabern in Rumänien gefangen gehalten wird. Es ist eine Schandtat der Menschlichkeit, einen politischen Gegner in Kerker lebendig zu begraben. Im Namen der Millionen Sozialisten vieler Länder fordert die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die endliche Freilassung Bujors.

### Reichsmarine.

#### Neue Schiffe — und wie es darin aussieht.

Nach der Verlegung der Thobusangelegenheit beriet der Hauptauschuß des Reichstags den Marine-Etat.

Genosse Hülich besprach die Forderung eines neuen Panzerkreuzers unter dem Gesichtspunkt der Werkspolitik. Im wesentlichen ständen zwei Werften in Kiel und ein Marinearsenal mit rund 1000 Arbeitern zur Verfügung. Seiner Ansicht nach habe die Marine sich das Bett zu breit gemacht. In 5 oder 6 Jahren würden sowieso, nach dem Spielraum des Versailleser Vertrages, Aufrüge für Neubauten nicht mehr vorhanden sein. Was solle dann mit den Werften geschehen?

Der demokratische Abg. von Richthofen besprach die innere Ausschmückung des Kreuzers „Berlin“ und teilte mit, daß in den Repräsentationsräumen außer dem Bilde des Reichspräsidenten noch folgende Bildnisse aufgehängt seien: des Großadmirals a. Tirpitz, des früheren Prinzen Heinrich von Preußen mit der Kennzeichnung als Großadmiral und der Aufforderung „Ehre! Schwarzweiß!“, und das, obgleich das Bild 1923 gestiftet sei, und schließlich Bendorffs Bild. Ein so ausgestattetes Schiff könne man doch wirklich nicht als eine Repräsentation der deutschen Republik ins Ausland schicken.

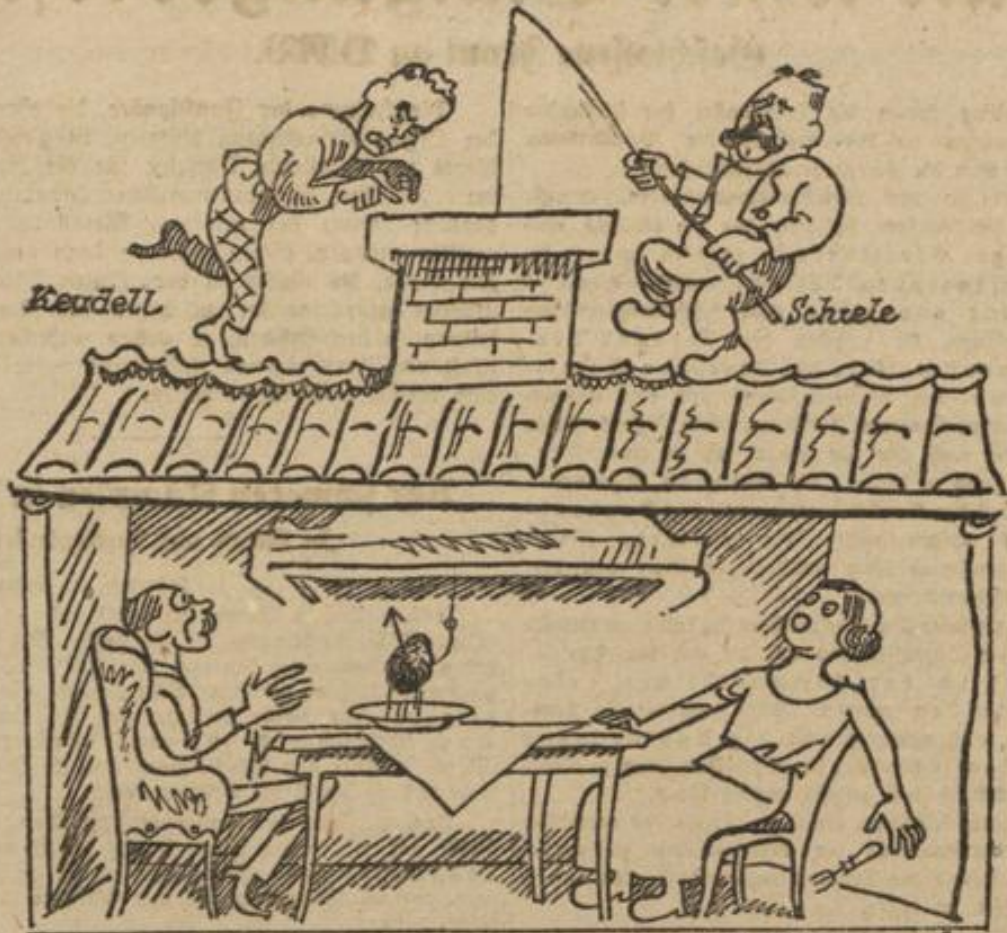
In einer kurzen Erklärung teilte der Reichswehrminister Dr. Groener mit, daß die von dem Abg. v. Richthofen erwähnten Bilder bereits ohne sein Zutun entfernt worden seien.

Staatssekretär von Schubert ist in Mentone eingetroffen, um mit Dr. Stresemann vor der Senfer Ratstagung zu konferieren, wohin sie sich am Sonnabend gemeinsam begeben.

Der bayerische Ministerrat und die Koalitionsparteien haben sich am Donnerstag mit dem Beschluß des Bauernbundes auf Ablehnung der Beamtenbesoldung befaßt. Im Einvernehmen mit der Regierung beschloß die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, die Entschädigung über die Verluste der Beamtenbesoldung in offener Feldschlacht des Parlaments zu suchen und von deren Ausgang den Fortbestand der gegenwärtigen Regierungskoalition abhängig zu machen. Da die Regierungsvorlage dem Landtag überhaupt noch nicht vorliegt, werden bis zur endgültigen Entscheidung noch gut drei Wochen verstreichen.

Marschall Diaz, während des Weltkrieges Führer des italienischen Heeres an der Italo-Äthiopien-Front, ist gestorben.

## Das Notsteigerungsprogramm.



Unterdessen auf dem Dache  
Ist man tätig bei der Sache

Schwuppdiwupp, schon wird nach oben  
Das Gefrierfleisch hochgehoben!

### Piscator'schema.

Eine Filiale im Lessing-Theater.

Piscator-Theater ohne Piscator. Nur sein Schüler Ernst Böner darf die „Singenden Gesangslieder“ unseres Genossen Upton Sinclair in Szene setzen. Es ist das miserable und langweilige Stück eines faulen und müden Romanistschriftstellers. Es ist ein Melodrama, das durch die Regie um jeden Schwung, um jede Bühnenkraft gebracht wird. Die Piscator-Methode wird mechanisiert. Die Kunst wird einem Prinzip geopfert. Es ist nicht, wie Sinclair wünscht, Propagandakunst, es ist nur noch Schlafmittel. Am Schluß großes Geklarke, Gesang der Kommunisten, sogar Rede und Gegenrede von Leuten, die verlangen, daß man Farbe bekennen soll. Der Gefallen werde ihnen getan. Morgen. R. A.

### Max Adalbert als Kollege Crampton.

Zur Neueinstudierung im Berliner Theater.

Gerhart Hauptmann erobert sich weiteres Terrain. Das Berliner Theater holt eine der ältesten Komödien des Naturalismus aus der Versenkung hervor, den „Kollegen Crampton“, die Charakterstudie vom vollkommenen Genie. Wir bewundern

wieder Hauptmanns Gestaltungskraft, die herrliche Kunst, aus dem Nichts einen Menschen zu schaffen, den wir kennen und dessen tragisches Schicksal uns berührt, als geräube es einen lieben Bekannten.

Ob erst die Wahl auf Max Adalbert als Träger der Hauptrolle eines Stücks oder erst auf den „Kollegen Crampton“ gefallen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls bewältigt Adalbert seine Rolle mit Meisterhaftigkeit. Er ist der geniale Komiker, der auch härteste Rollen mit leuchtendem Leben und funkelndem Humor erfüllt. Ueber seinen goldenen Humor hat man vielfach vergessen, daß er auch ein guter Schauspieler ist. Schon einmal hat man ihm (in den „Helden“) eine literarische Aufgabe anvertraut. Gestern kamen die nicht auf ihre Kosten, die über einen Spasmodiker lachen wollten. Wer sich aber an der künstlerischen Verkörperung eines Menschen erfreuen will, war erschüttert. Im zweiten — süßesten — Akt der Tragikomödie, wo Crampton seine eben wieder aufkeimende Hoffnung auf ein neues, besseres Leben sich zusammenzürzen sieht, erleben wir in wenigen Minuten die Tragödie eines wirklichen Menschen. Adalberts Augen werden glanzlos und leer, die Figur sinkt zusammen. Diese Leistung Max Adalberts bleibt ein Erlebnis. Leider haben die übrigen Hauptdarsteller weit unter seinem Niveau. Die Zererei und Unnatürlichkeit der Grete Jacobsen (Gertrud Crampton), ihre Bergner-Kopie ist fast unerträglich. Auch Harry Gombi (Max Ströhler) genügt nicht den Ansprüchen einer Berliner Bühne. Max Adalbert wurde unglückliche Rolle gerufen. D. g. r.

# AN DIE PARTEI!

Der Bürgerblock ist tot. Der Kampf um die Erneuerung des politischen Lebens in Deutschland hat begonnen. Dieser Kampf wird schwer sein. Die Arbeiterklasse kann ihn nur dann siegreich durchführen, wenn sie sich mit dem Aufgebote aller Kräfte auf den Gegner wirft.

Mit riesigen Geldmitteln sind die Bürgerblockparteien für den Wahlkampf ausgerüstet.

Hinter ihnen steht das Großkapital, das auf Kosten der proletarischen Schichten seine wirtschaftliche Stellung neu befestigt hat und nun danach trachtet, auch politisch die Oberhand zu gewinnen.

Hinter ihnen steht der Großgrundbesitz, der seinen Verfall durch neue Ausweitung der Wästen aufzuhalten sucht.

Hinter ihnen stehen die Monarchisten, die Nationalisten und die Militaristen, die es noch immer nicht verschmerzen können, daß die Republik keine Vorrechte der Geburt, des Standes und des Besitzes zulassen will.

Die arbeitende Bevölkerung kämpft allein. Aber gerade das ist ihre Stärke: die Millionen in Stadt und Land, die von ihrer Hände über ihrer Köpfe Arbeit leben, sind ihren Widersachern gewachsen, wenn sie einig zusammenstehen.

Die Arbeit gegen das Kapital!

Das ist der Schlüssel, mit dem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Wahlkampf 1928 zieht. Aber zum Kriegsführen gehört noch immer Geld, gehört heute noch mehr Geld als je zuvor. Und darum appellieren wir an unsere Parteigenossen, an die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, an alle alten und jungen Streiter im Befreiungskampf des Proletariats: Seigt eure in Jahrzehnten bewährte Opferwilligkeit, sorgt für Munition für den Kampf.

## sammelt freiwillige Beiträge für den Wahlkampf

für eure Partei, die Sozialdemokratie!

Keine Versammlung ohne die Lösung: „Partei im Kampf!“

Kein Betrieb ohne den Willen: „Partei im Kampf!“

Keine gesellige Veranstaltung ohne den Ruf: „Partei im Kampf!“

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Wir wissen, daß unser Appell an eure Opferfreudigkeit begeistertsten Widerhall finden wird. Die Partei ruft! Wer will zurückbleiben?

Der Parteivorstand  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freiwillige Beiträge für Berlin sind noch immer an Alex Pogels, Postfachkonto Nr. 487 43 Berlin zu richten.







# Das Unglück auf Zeche Ewald.

## 12 Tote und 36 Verletzte.

Das Fördererungslück forderte, wie nach der amtlichen Untersuchung und nach der Bergung sämtlicher Verunglückten feststeht, 12 Tote und 36 Verletzte, darunter mehrere Schwerverletzte.

Ein einziger Mann ist unverletzt davongekommen.

Das Unglück ereignete sich morgens um 6 Uhr zum Schichtwechsel bei der ersten Personenfahrt. Der ausgehende Korb war mit 20 Mann besetzt. Auf dem niedergehenden Korb befanden sich 23 Bergleute. Sowie bekannt wird, fehlten sich die Körbe nach 50 bis 100 Metern Fahrt unter Tage in größere Geschwindigkeit, ein Umstand, der aber anscheinend im Maschinenhaus nicht bemerkt werden konnte, da, wie der amtliche Bericht angibt, der Zeugenanzeiger versagt hat. Der ausfahrende Förderkorb mit 20 Insassen fuhr mit voller Wucht in das Förderergerüstgefänge ein und stellte sich hier fest. In diesem Korb gab es die meisten Opfer. Hier gab es auch viele Schädel-

an waten Hunderte von Bergleuten und Angehörigen der Toten und Verletzten vor der Zeche versammelt. Auf der 700-Meter-Sohle, auf der sich das Unglück ereignete, ist die Förderung einstellend unterbrochen worden. Die Belegschaft ist hier ausgefahren. Auf der unteren Sohle desselben Förderergerüsts ist die Förderung aufrechterhalten worden.

Die 12 Toten

liegen zurzeit ausgebahrt in der Leichenhalle der Zeche. Die Zeche selbst ist einer der modernsten Grubenbetriebe am nördlichen Rande des Ruhrbezirks. Die Bergbaubehörde war nach dem Unglück in kurzer Zeit an Ort und Stelle. Sie hat den Unglücksort befreit und die Untersuchungen sind zurzeit im Gange.

Im Preussischen Landtag machte Präsident Bartels dem Hause die Mitteilung von dem schweren Grubenunglück, das sich auf der Zeche Ewald ereignet hat. Der Landtag sei tief erschüttert durch diese Katastrophe und spreche den Betroffenen seine herzlichste Teilnahme aus.

### Das Oberbergamt erklärt:

Das Oberbergamt in Dortmund teilt zu dem Grubenunglück noch folgendes mit:

Auf der Schachtanlage „Ewald Fortsetzung“ bei Recklinghausen sind heute morgen zu Beginn der Seilfahrt durch Uebertreiben der östlichen Förderung im Schacht 12 Bergleute getötet und weitere 36 verletzt worden. Sämtliche Leuze sind geborgen. Die Verletzten befinden sich im Krankenhaus. Die Verletzungen bestehen in Stauchungen, deren Schwere noch nicht festgestellt werden konnte. Die in Frage kommende Fördererichtung ist eine Koepe-Förderung und reicht bis zu 700 Meter Tiefe. Es findet mit ihr nur Seilfahrt statt. Bei dem Unglückszuge war der aufwärtsgehende Förderkorb mit 20, der abwärtsgehende mit 28 Leuten besetzt. Der aufwärtsgehende Korb ist in die Verjüngung der Spurlatten im Schachtgerüst, der abwärtsgehende in die verjüngten Spurlatten im Schachtstumpf hineingezogen und dort gestaut worden. Förderer und Zwischengefähr sind nicht gerissen. Beide Körbe hängen noch am Seil. Die Toten befanden sich sämtlich in dem aufwärtsgehenden Korb. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden. Die Untersuchungen durch die Bergbehörden sind im Gange.



brüche infolge des starken Anpralls. Die Toten und Verletzten dieses ausgehenden Korbes konnten nur vom Dach des Förderergerüsts aus geborgen werden. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Die Verunglückten aus dem in die Tiefe gegangenen Korb, der in den Schachtstumpf gestaut wurde und die durchweg mit leichteren Verletzungen davankamen, konnten in kürzester Zeit dem Krankenhaus zugeführt werden.

Der Unglücksfall hatte sich mit größter Geschwindigkeit im ganzen Ruhrgebiet verbreitet und von den frühesten Morgenstunden

zum Einstürzen gebracht wurden. Frau G., die zu Boden geschleudert wurde, kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr räumte die Trümmer fort und nahm einige Abstellungen vor.

### Der Martiertod eines Kindes.

#### Ein Totschlagprozess in Potsdam.

Unter der Anklage des Totschlages stand gestern der 23jährige Maurer Karl Seeger aus Klein-Kreuz vor den Potsdamer Geschworenen. Er ist beschuldigt, seine sechs Monate alte Stief-tochter Hildegard Suhle, die ihm seine Frau in die Ehe mitgebracht hatte, in der Nacht zum 5. Januar d. J. getötet zu haben.

Kurz vor Weihnachten wurde der Angeklagte arbeitslos und dadurch sehr nervös. Die Familie und das Kind mußte hungern und das ständige Schreien der kleinen Hildegard verletzten den Angeklagten in eine rasende Wut. Gegen 4 Uhr morgens riß er das Kind aus dem Koffer, der als Lagerstätte diente, bearbeitete es mit einem Federpantoffel und warf es dann im Bogen mehrere Male mit dem Kopf auf die Erde, so daß schließlich das Wimmern des Kindes verstummte. Dann warf er das halbtote Kind in das Bett seiner Frau mit den Worten: „Stud dir deine Hilde noch einmal an, sie ist tot.“ Am nächsten Morgen holte er den Pfarrer, um ein kirchliches Begräbnis zu haben.

Der Angeklagte war geständig. Der Psychiater bezeichnet ihn als einen Menschen mit sehr beschränkter Intelligenz. Das Schulwissen ist sehr gering, die Frau ist geistig minderwertig, aber für die Tat ist der Angeklagte verantwortlich zu machen.

Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis unter Jubilligung mildernder Umstände und fünf Jahre Ehrverlust.

### Haupttreffer in der Staatslotterie!

#### Ein 200 000-Mark-Los gezogen.

Gestern ist bei der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie der dritte Hauptgewinn im Betrage von 200 000 M. gezogen. Der Gewinn fiel auf die Nummer 155163.

In der einen Abteilung fiel das Los nach Oberschlesien, und zwar nach Hindenburg, in der anderen Abteilung nach dem Orte Blumenthal (Hannover). Die Gewinner haben ihr Los in Äpfel- und Bierstücken gepiekt. Es handelt sich durchweg um Menschen, die mit Glücksgütern wenig gesegnet sind. Nach Abzug der Abgaben gelangen 160 000 M. in jeder Abteilung zur Auszahlung, so daß die Spieler eines Ästlooses 20 000 M., die Bierstückenspieler 40 000 M. erhalten. Die Auszahlung erfolgt gegen Ende des Monats.

### Lehren aus dem Kranz-Prozess.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte veranstaltete am Mittwochabend in den Epichernsälen am Münberger Platz eine sehr stark besuchte Rundgebung, in der verschiedene Redner die Ergebnisse des Kranz-Prozesses in psychologischer und allgemein pädagogischer Beziehung behandelten. — Die Versammlung wurde vom Genossen Oskar Ebn eröffnet, der in seiner Einleitungsrede betonte, daß die brennenden Probleme, die durch die Steglitzer Kindertragödie aufgeworfen wurden, sachlich und würdig diskutiert werden sollen. Persönliches habe aus dem Spiel zu bleiben. — Genossin Oberschulrätin Wegscheider, die Sachverständige im Kranz-Prozess war, führte aus, daß es verfehlt sei, bei der Erforschung von Jugendtragedien (siehe den Fall des Lehrlings Karl Genen) den einzelnen Lehrer zum Allein Schuldigen zu machen. Es ist eine Forderungswand zwischen Lehrern und Schülern. Durch Überlastung, durch überladenen Stundenplan und viel zu große Klassen besteht keine Möglichkeit zur Kameradschaft zwischen Lehrenden und Lernenden, von Mensch zu Mensch. Rufen und Radeln müssen gemeinsam miteinander aufwachen. Es ist keine natürliche Form des sich Kennenlernens, wenn man das geschlechtliche

### Das Eis springt.

#### Acht Menschen in Lebensgefahr auf dem Grunewaldsee.

Durch die Leichtfertigkeit eines Radfahrers, der die dünne Eisdicke des Grunewaldsees überfahren wollte, wäre es gestern nachmittags beinahe zu einer furchtbaren Katastrophe gekommen.

Auf dem dünnen und überaus brüchigen Eis brach gegen 14 Uhr der 27jährige Hilfsmonteur Eugen Rohdes aus der Rahbachstraße 7 ein und drohte zu ertrinken. Durch das mutige Eingreifen eines Spaziergängers konnte Rohdes, der verzweifelt mit den Wellen kämpfte, im letzten Augenblick gerettet werden. Sechs Schutzpolizisten mußten bei der Hilfsaktion ebenfalls ein und gerieten in Lebensgefahr. Auch ihnen konnte glücklicherweise rechtzeitig Hilfe gebracht werden.

R., der sich auf einem Ausflug befand, wollte den Rückweg abkürzen und fuhr mit seinem Rade über die Eisdicke des Grunewaldsees. In der Mitte des Sees gab die Eisdicke plötzlich nach, und der Radfahrer brach ein. Es gelang ihm noch, sich am Rande der Bruchstelle festzuklammern. Auf seine Hilfe rief eilte der Kaufmann Feilz Schön, Unter den Linden 47, hinzu und rettete den Eingebrochenen unter den größten Mühen. Zu

der gleichen Zeit passierten sechs Beamte des berittenen Depots Grunewald der Schutzpolizei die Unfallstelle. Auch sie beteiligten sich sofort, ohne die Gefahr zu achten, an dem Rettungswork. Das Eis hielt der Belastung jedoch nicht stand, und die Beamten brachen gleichfalls ein. Zum Glück war in der Zwischenzeit eine starke Leine herbeigeschafft worden, die den Beamten zugeworfen wurde. Es gelang auch, alle sechs wohlbehalten an Land zu ziehen.

Rohdes, der unter der Einwirkung der Kälte das Bewußtsein verloren hatte, wurde durch die Grunewaldler Feuerwehr, die herbeigerufen war, in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht.

### Explosion auf dem Küchenherd.

Eine eigenartige Explosion ereignete sich gestern nachmittag in der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung des Postkassiers Wilhelm O. im Hause Klautschoustraße 4. Frau G. hatte auf dem Herd in einem Topf Schweinefleisch zum Ausbraten aufgestellt. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion. Fettgase, die sich vermutlich durch zu heftiges Herdfeuer entzündet hatten, entwickelten einen derartigen Luftdruck, daß drei Radikwände

# Menschen, Göttern gleich...

88] Roman von Herbert George Wells.

Befreit von M. Dupont, stand Mr. Barnstaple im Hintergrund und beobachtete die kleine Gruppe der Erdlinge in der Mitte der Halle und den Kreis von großen aufmerksamen Utopen, die in ziemlicher Entfernung um sie herumstanden. Mr. Burleighs Verhalten gegenüber Lord Barralonga war herzlich, unter Wahrung einer gewissen Distanz, und Mr. Hunter sagte, welch großes Vergnügen es für ihn sei, „Britanniens hervorragendstem Staatsmann“ zu begegnen. Mr. Catstill stand in freundschaftlichster Weise neben Lord Barralonga; sie kannten einander gut. Und Vater Amerton tauschte mit Mr. Rush Bemerkungen aus. Ridley und Bent waren zur Seite getreten, nachdem sie einige Augenblicke einander streng gemustert hatten, um dann leise die technischen Erfahrungen des Tages zu besprechen. Niemand widmete Mr. Barnstaple irgendwelche Aufmerksamkeit. Es war wie bei einem Zusammentreffen auf einer Eisenbahnstation. Es war wie bei einem Empfang. Es war völlig unglücklich und gleichzeitig etwas ganz Alltägliches. Barnstaple war müde und von den Wundern gefüllt und erschöpft.

„Oh! ich geh zu Bett!“ gähnte er plötzlich. „Ich lege mich in mein Bettchen.“

Durch die ihn freundlich anblickenden Utopen ging er hinaus in das ruhige Sternensicht. Er winkte dem merkwürdigen Nebel im Winkel des Orion zu, so wie ein müder Vater seinem aufdringlichen Sprößling abwinkt; er werde es sich morgen noch überlegen. Er wollte schlaftrunken durch die Gärten seinem eigenen Quartier zu.

Er entkleidete sich und verfiel sofort in tiefen Schlaf wie ein müdes Kind.

### Früher Morgen in Utopien.

1.

Mr. Barnstaple erwachte langsam aus tiefem Schlaf. Er hatte das unbestimmte Gefühl, daß ihm eben ein überaus köstlicher Traum entschwunden sei. Er versuchte, den Traum fortzuführen und die Augen nicht zu öffnen. Der

Traum handelte von einer großen Welt mit schönen Menschen, die sich von tausend irdischen Plagen befreit hatten. Aber er löste sich auf und entschwand seinem Bewußtsein. Es kam in letzter Zeit nicht oft vor, daß Barnstaple träumte. Er lag ganz still mit geschlossenen Augen und erwachte nur widerwillig zu den Angelegenheiten des täglichen Lebens. Die Sorgen und Plagen der letzten vierzehn Tage gewannen wieder die Oberhand. Würde es ihm jemals möglich sein, allein auf Urlaub zu gehen? Dann erinnerte er sich, daß er sein Gepäck schon in der „Gelben Gefahr“ verstaubt hatte. Aber gewiß, das war nicht gestern Abend — jetzt erinnerte er sich, daß er abgefahren war, und an das leichte Brädeln, das er empfunden hatte, als er aus dem Lore fuhr, ehe Mrs. Barnstaple irgendeinen Verdacht gehegt hatte. Er öffnete die Augen und richtete sie auf die weiße Zimmerdecke, indem er versuchte, sich jene Reise wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Er erinnerte sich, in die Camberwell New Road eingebogen zu sein, in die strahlende Heiterkeit des Morgens, an Baughall Bridge und jene scheußlicher Verkehrsstauung bei Hyde Park Corner. Er hatte stets behauptet, daß es im Westen Londons weit schwieriger zu fahren sei als im Osten. Dann — war er nach Uxbridge gefahren? Nein. Er erinnerte sich an die Straße nach Slough und dann kam eine Lücke in seinem Gedächtnis.

Was für eine ausgezeichnete Zimmerdecke das war, weder ein Riß noch ein Fleck daran!

Aber wie hatte er den Rest des Tages zugebracht? Er mußte doch irgendwohin gekommen sein, denn hier war er in einem durchaus bequemen Bett — einem ausgezeichneten Bett. Und eine Drossel sang. Er hatte immer behauptet, daß eine gute Drossel eine Nachtigall beschämen könne, und diese Drossel war ein perfekter Caruso. Und eine andere antwortete ihr. Im Juli! Bangbourn und Caversham waren wunderbare Orte für Nachtigallen, im Juni. Aber jetzt war Juli — und Drosseln... Zwischen diesen schlaftrunkenen Gedankengebilden tauchte die Gestalt von Mr. Rupert Catstill auf, die Hände in die Hüften gestützt, und wie er, Gesicht und Hand vorgereckt, sprach und erstaunliche Dinge sagte. Die Erscheinung einer nackten, sitzenden Gestalt mit einem ersten aufmerksamen Gesicht. Und andere Gestalten. Die eine mit einem Antlitz wie die Delphische Sibille. Mr. Barnstaple erinnerte sich allmählich, daß er auf irgendeine Weise in eine Sonntagsgesellschaft geraten war, die nach

Laplow Court wollte. War nun diese Rede in Laplow Court gehalten worden? In Laplow Court trägt man doch Kleider. Aber vielleicht die Aristokratie in der Zurückgezogenheit und unter sich — — —?

Utopien? ... Aber war das möglich — — —?

Mr. Barnstaple setzte sich in einem Zustand äußerster Bewunderung im Bett auf. „Unmöglich!“ sagte er. Er lag in einer kleinen halboffenen Loggia. Zwischen den schlanken Pfeilern aus geriffeltem Glas erblickte er eine Reihe schneebedeckter Berge und im Vordergrund einen großen Busch hoher Halme, die tiefrote Blüten trugen. Der Vogel sang noch immer. — Eine vervollkommnete Drossel in einer vervollkommenen Welt! Jetzt erinnerte er sich an alles. Jetzt war alles klar. Das plötzliche Schleudern des Bagens, der Ton wie vom Abspringen einer Geigenlinie und — Utopien! Jetzt hatte er alles beisammen, vom Anblick der holden toten Chrysolagone bis zum Aufstreifen Lord Barralongas unter den merkwürdigen, fremdartigen Sternen. Es war kein Traum. Er betrachtete seine Hand auf der auserlesenen feinen Bettdecke. Diese Welt war so wirklich, daß er sich rasieren mußte — und daß er eine ganz ausgesprochene Bereitwilligkeit zum Frühstück empfand. Sogar sehr — denn er hatte das Nachtmahl veräußert. Und gleichsam die Antwort auf seine Gedanken erschien ein lächelndes Mädchen, das die Stufen zu seinem Schlafplatz hinauffstieg und ein kleines Teebrett trug. Schließlich, es war manches zugunsten Mr. Burleighs zu sagen. Seinem sehr gewandten, staatsmännischen Auftreten hatte es Mr. Barnstaple zu verdanken, daß er diese morgendliche Tasse Tee erhielt.

„Guten Morgen“, sagte Mr. Barnstaple.

„Warum nicht?“ sagte die junge Utopin, stellte den Tee hin, lächelte in mütterlicher Weise und ging fort.

„Warum nicht ein „guter Morgen“, vermute ich“, sagte Mr. Barnstaple; er überlegte einen Moment, das Kinn auf die Knie gestützt und wandte sich dann dem Butterbrot und dem Tee zu.

2.

Der kleine Antkeideraum, in welchem Barnstaple seine Kleider genau so wie sie am Abend vorher hingeworfen hatte, vorfand, war außerordentlich einfach und bot ihm doch gleichzeitig ungewöhnlich viel Interessantes. Er stampfte darin umher und summite vor sich hin, während er ihn untersuchte. (Fortsetzung folgt.)



Erwachen in die äußerste Heimsüchtheit hinabdrängt. Wir haben versucht, dies Reizwerden der kommenden Generation durch büreaukratische Maßnahmen zu fesseln. Der Kranz-Prozess hat erwiesen, daß dieser Weg faßlich und verderblich ist. (Starker Beifall) — Nach dem Referat des Schriftstellers Rudolf Eiden, der die heuchlerische Haltung der Rechtspreffe in Sachen Kranz glorifizierte, begann die Diskussion, an der sich mehrere Jugendliche beteiligten. Hervorgehoben sei noch eine stammende Ansprache Ernst Töppers, der die anarchische Verwirrung großer Teile der bürgerlichen Jugend auf das Fehlen einer Idee zurückführte. Die Jugend darf keine schrankenlose Freiheit beanspruchen, sondern eine innerlich erlebte Freiheit, die sich auf Verantwortung gründet. Diese Gesellschaft, die unehrlich bis ins Mark ist, durch die ein tiefer Riß von Sein und Schein geht, kann einer Jugend keine Erlösung bringen. Wir rufen der Jugend zu: Kämpft mit uns! Er kämpft mit uns eure Freiheit durch restlose Hingabe an die soziale Idee!

## Das Wohnungsbauprogramm.

Die „Deputation für Wohnungs- und Siedlungsweesen“ hat für 1928 ein Bauprogramm aufgestellt, das bereits die Zustimmung des Reichsrats und des Reichstagsrats der Wohnungsfürsorgegesellschaft gefunden hat. Voraussetzung der Durchführung ist, daß das Hauszinssteuerauskommen 1928 mindestens die Höhe des Jahres 1927 erreicht.

Es ist zunächst die Errichtung von 18.000 Wohnungen in Aussicht genommen.

moon für 12.000 durch Bereitstellung von Zuschahypotheken aus städtischen Mitteln eine Mietverbilligung durchzuführen ist. Nach Maßgabe der verfügbaren Beilegungsmittel aus dem Hauszinssteuerauskommen könnten zu einem späteren Zeitpunkt weitere 8.000 Wohnungen in Gang gesetzt werden. Die vorstehend bezeichneten 12.000 Wohnungen sollen zu 30 Proz. Ein- und Zweizimmerwohnungen, zu 50 Proz. Zweizimmerwohnungen (nicht wie von nichtamtlicher Stelle gemeldet Zweieinhalbzimmerwohnungen) und zu 20 Proz. größere Wohnungen (nicht wie von nichtamtlicher Stelle gemeldet Dreizimmerwohnungen) sein, und zwar Wohnungen bis zur Größe von 130 Quadratmeter Wohnfläche. Alle diese Wohnungen sind aber mit Bod- und allen modernen Versorgungseinrichtungen ausgestattet. Die ohne Zuschahypotheken auszuführenden Bauten müssen zu 50 Proz. Zweizimmerwohnungen und zu 50 Proz. größere,

bis 130 Quadratmeter Wohnfläche enthaltende Wohnungen umfassen. Zunächst ist das Hauszinssteuerauskommen auf 126 Millionen Mark veranschlagt. Danach würden auf jede Wohnung 5.000 M. durchschnittlich entfallen. Der Preis für die Wohnung ist aber auf 12.000 M. anzusetzen. Der Fehlbetrag von 7.000 M. je Wohnung muß daher anderweit gedeckt werden. Deckung erfolgt neben einem bestimmten Eigenkapital durch eine erste Hypothek von 40 Proz. der Gesamtbaukosten und außerdem entweder durch städtische Zuschahypotheken oder durch eine hypothekarisch zu sichernde Beteiligung der Mieter. Selbstverständlich ist, daß sämtliche neuen Wohnungen nur an in Berlin wohnungsberechtigte Familien übergeben werden dürfen. Zur Verminderung des Leerlaufs und zur Erzielung rationaler Baumeethoden ist beabsichtigt, möglichst Großbaustellen einzurichten und nur etwa 20 Proz. der Gesamtleistung einschleiflich sogenannter Baukäden den kleineren Bauvorhaben und Einzelstücken zu überlassen.

## Gottes Mühlen . . .

Man schreibt uns: Trotz der Ankündigung durch die Presse in den letzten Tagen des Februar haben die Bewohner der Großbeerenstraße an die Verlegung der Straßenbahnlinie 25 erst wirklich geglaubt, als sie am gestrigen Donnerstag den ersten Wagen vor ihren Fenstern vorbeiziehen sahen. Ihre Zweifel waren nicht unberechtigt. Man denke: Etwa zehn Tage vor Pfingsten, also Ende Mai 1927, tauchten in der Großbeerenstraße die bekannten Lastkraftwagen der Straßenbahn auf, von deren Verfall aus die Reparaturen an den elektrischen Oberleitungen vorgenommen wurden. Die nicht wenig erstaunten Einheimischen, die seit mehr als 12 Jahren eine Straßenbahn in der eigenen Straße nicht mehr erblickt hatten, sahen und hörten nun, wie eine ganze Woche lang Tag und Nacht die Arbeiter eine funktionsfähige kupferne Leitung anlegten, die in der Malloise golden schillerte. Bald verbreitete sich das Gerücht, die Linie 25, Mariendorfer-Tegeel, werde über die Großbeerenstraße verlegt werden, und zwar soll der Betrieb noch vor Pfingsten aufgenommen werden. Nach dem Tempo dieser Oberleitungsarbeiten zu urteilen, konnte man in der Tat die Hoffnung hegen, an einem Pfingstfeiertag nach Tegeel „direkt ohne Umfragen“ fahren zu können.

Aber das Fest kam und ging vorüber. Es verstrich der ganze Monat Juni, dann der Juli, dann der August, dann der September — aber außer der „neuen“ Leitung, die nicht mehr golden schillerte, weil erstens die schöne Sonne nicht mehr recht wollte und weil zweitens die unbewußten Drähte zu verrotten schienen, ereignete sich nichts, was auf die Verwirklichung des Straßenbahntraumes schließen lassen konnte. Im Oktober neues Lebenszeichen: es wurden eiserne Baumtröten und Kette abgesetzt, deren Ränge für einen Straßenbahnverkehr hätte hinderlich sein können. Im Dezember konnten spät heimkehrende Einwohner am Nordende der Großbeerenstraße beobachten, wie die wenigen Meter Schienen, die zur Verbindung der seit 1915 verwaisten Strecke mit der Strecke in der Königgrüher Straße fehlten, angelegt wurden. Das dauerte rund eine Woche. Aber am Süden der Großbeerenstraße, am Kreuzberg, rührte sich noch wochenlang nichts. Im Januar wurden auch dort die fehlenden fünf bis zehn Meter Schienen samt Weiche angelegt. Ende Februar wurden die Raste der Straßenbahnhaltestellen gepflanzt, einige Tage später die Tafeln zu diesen Rasten. Dann erschien die rote Bekanntmachung: „Ab 1. März . . .“

Und wirklich! Seit Donnerstag rollt die 25 durch die Großbeerenstraße und braucht nicht mehr den endlosen Umweg über den Blücherplatz, die Kreuzstraße (!) und die Gitschiner Straße zu machen, um den eiligen Berliner nach dem Potsdamer Platz, dem Brandenburger Tor usw. zu befördern. Die Halbgötter der Straßenbahn mahlen langsam, aber sicher.

## Verkehrsstandal auf der Briezener Bahn.

Mit dem Verkehrsleiden, unter dem am stärksten die Anwohner der Ortshäfen Marzahn, Ahrensfelde, Blumberg, Seefeld und Bernau zu leiden, beschäftigte sich eine Versammlung von Delegierten der örtlichen Verkehrsvereine, die von der Verkehrs-Interessengemeinschaft der Ortshäfen und Siedlungen an der Briezener Bahn einberufen war. Die genannte Organisation ist dem „Deutschen Siedlerbund“ angeschlossen, der durch seine Zugehörigkeit zum „Zweckverband des Ostens“ auch der Arbeitsgemeinschaft für Bororte angehört. Gegen die Reichsbahndirektion wurden viele Klagen vorgebracht. Noch immer liegt zwischen den Zugabgängen

# Denken als Sportleistung.

„Denke, trainiere die Arbeit deines Gehirns, wie du deine Muskeln trainierst. Es gibt keine bessere Investition als das Denken!“

Dieser Ruf, der als Neues in diesen Tagen auf Prospektten erscheint, ist belächelt keine Wahlpropaganda, wie man etwa auf den ersten Blick wünschen möchte. Es ist die ehrliche und überzeugte Lehre neuer Beglückungsanatomie, die sich sogar zu einem Reichsausschuß zusammengesetzt haben und unter Führung des Ministerialrats Dr. med. Alfred Beyer neue Jünger suchen. Nach dem Inhalt eines Vortrages zu schließen, den der Genannte in einer Berliner Volkshochschule hielt, ist die Absicht der Denksportler gar keine able, man könnte schon dem Gros der Bevölkerung ein Quantum Denkfähigkeit mehr wünschen, als was sie sonst gewohnt sind, für die ersten Aufgaben des Lebens aufzubringen. Man wird auch jedes Mittel begrüßen, das die Menschen zum Nachdenken bewegen kann. Dr. Beyer behauptet in seinem Vortrag, daß man es erreichen kann. Das Gehirn ließe sich nach medizinischen Grundsätzen ebenso trainieren wie jede andere Körperfunktion. Gleichzeitig war er aber auch ehrlich genug, einzugestehen, daß ihm diese seine Auffassung von vielen Autoritäten bestritten wird. Wir wollen uns nicht in diesen Streit mischen, wir werden ihm vielleicht bestimmen, beipflichten, wenn wir in zwei Monaten nach den Wahlen über die Denkfähigkeit der großen Massen ein Resultat wissen. Bis dahin möge jeder Erwachsene, der seine fünf Sinne beisammen hat, sich von uns belehren lassen.

## Ueberlastung mit Wissensstoff.

Der Vortragende geht von dem sehr richtigen Prinzip aus, daß die Ueberlastung mit Wissensstoff nach dem heutigen Bildungssystem durchaus kein Äquivalent für besondere Klugheit ist. Denn dieses viele Wissen macht leicht dumm; es zeigt sich am besten, daß bei den nächstliegenden Fragen in praktischen Dingen, die oft ein Kind zu lösen vermag, durchweg die Akademiker versagen. Sogar statistische Aufzeichnungen liegen darüber vor, denn der Redner hatte Gelegenheit, im Rundfunk Tausenden von Hörern allerlei Fragen aus kniffligen Situationen vorzulegen: „Wie würden Sie sich verhalten, wenn Ihnen das und das passiert?“ Sie wurden von den Hörern prompt beantwortet und der Vortragende hat sie wissenschaftlich bearbeitet. Es ergibt sich aus den Resultaten, daß im Leben von Fragen bestimmter Art die Frauen den Männern über sind, wo es sich darum handelt, Dinge mehr intuitiv und weniger verstandesgemäß zu erfassen. So hätte er eine Aufgabe folgendermaßen gestellt: Zwei Menschen an zwei verschiedenen Orten hatten ein Zusammentreffen an einem dritten Ort verabredet. Der eine erhält eine Depesche mit der recht unvollständigen Angabe:

## Kundgebung der arbeitenden Jugend!

Heute, 2. März, 20 Uhr, Stadthalle Klosterstraße

Jugend — Schule — Familie  
Kranz-Prozess — Was nun?

Es sprechen: Dr. Hilde, Wegscheider, A. d. L., Studiendirektor Dr. Karfen, Reußlin, Stadtdr. Dr. Löwenstein, Lichtenberg.

Sozialist. Arbeiterjugend Gr.-Berlin / Jungsozialist. Vereinigung Gr.-Ber. in / Vereinigung sozialdem. Studierender Gr.-Berlin.

von den einzelnen Stationen eine Zeitspanne von zwei bis drei Stunden. Die Einrichtung eines Vorortverkehrs, mindestens bis Marzahn, ist ja schon im Jahre 1910 von dem Eisenbahndirektionspräsidenten Wulf versprochen worden; bis heute ist man aber noch nicht einmal bis zum Vorortort gekommen. Die Einwohner von Marzahn vermissen auch immer noch auf ihrer Station die feierlich versprochenen Abstellbänke — wo bleiben die? Wie sieht es weiter mit der Verlängerung und Pflasterung einer Zufahrtsstraße von dem Badeplatz zur Landsberger Chaussee? Warum ist auf dem Briezener Bahnhof die Treppe, die zur Stadtbahn führte, abgerissen worden, so daß die Fahrgäste während des Ueberganges des Befahrens des Straßenverkehrs ausgepflegt sind? Die Reichsbahndirektion steht hier vor Aufgaben, die sie schon seit langem gelöst haben möchte. Die Verkehrsvereine werden sich jetzt für die Bohrung ihrer berechtigten Interessen mit allen ihnen zur Gebote stehenden Mitteln einsetzen.

Verlegung bei der staatswissenschaftlichen Vereinigung. Mit Rücksicht auf den durch den großen Andrang zum Frühjahrslehrgang der Deutschen Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung hervorgerufenen Raum-mangel im Hause Schinkelplatz 6, müssen alle Vorlesungen, Vorträge und sonderlichen Übungen in das Sontergelände der Universität, Dortheenstr. 6, Berlin NW. 7 (gegenüber der Staatsbibliothek), verlegt werden. Dort befindet sich auch ab 3. März die Geschäftsstelle der Vereinigung (Geschäftst. 9 bis 16 Uhr, Fernruf Merkur 154).

# Funkwinkel.

Die beiden Einakter von Rudolf Presber „Der Chemann“ und „Der Junggelle“, die von der Sendebühne übermittelt wurden, sind so harmlos und so unpsychologisch wie möglich. Sie wurden aber außerordentlich hübsch von dem in der Sendung Sprechern gespielt. Trotzdem hätte man auf den etwas allzu kritischen „Junggellen“ gern verzichtet. Sehr zu begrüßen war das Nachmittagskonzert, in dem „Künstlernachwuchs“ zu Gehör kam. Es ist zu hoffen, daß ähnliche Veranstaltungen in regelmäßigen Abständen folgen. Natürlich kann man die künstlerischen Qualitäten von Debutanten nicht nach einer so kurzen Probe ihres Könnens richtig werten. Doch wird sich ohne Frage der eine oder der andere Name den Hörern einprägen und manchem Talent kann dadurch etwas der Weg geebnet werden. Ueber die Wirkung der Klänge auf das Publikum sprach Bernhard Weidenmüller in seinem Vortrag „Unbemerkte Werbearbeit“. Er wies darauf hin, daß es neben der bewußten Wirkung eindrucksvoller Klänge noch eine unbewußte Wirkung gibt, die oft gerade den stärksten Kaufanreiz beim Publikum auslöst. Dr. Herbert Henke behandelte in dem Zklus „Naturkräfte und Naturkatastrophen“ den Vulkanismus. Wir haben von diesem Naturereignis im allgemeinen eine recht unvollständige Vorstellung, da wir bei fast stets an Ausbrüche der italienischen Vulkanen denken. Viel gefährlicher als diese Lava- und Steine spielenden Berge sind aber die Gasovulkanen, die oft in kilometerweitem Umkreis alles Leben unter furchtbaren Explosionen vernichten. Es.

„Erwarte dich in Hamburg!“ Wie würde man sich in einer solchen Situation verhalten? 600 Frauen haben übereinstimmend geantwortet: Sofort mit dem nächsten Zuge abfahren und in Hamburg am Zug des nächsten warten, gegebenenfalls im Wartesaal zweiter Klasse (warum zweiter Klasse?), bis der andere kommt. Nur zwei Männer haben mit diesen 600 gleich gestimmt, die anderen hatten sich nicht auf diese unsichere Sache eingelassen. Man wird erkennen, daß dieser Fall kein Schulbeispiel für den neuen Denksport sein kann.

## Das Kugelbeispiel.

Ein anderes Beispiel lautet: In einem Vertrauen fällt beim Montieren eines alten Stückes einem Arbeiter eine Kugel aus dem Kugellager zur Erde. Die Kugel ist auf dem mit Wiesen bedeckten und allerlei Gerätschaften bedeckten Fußboden durch Suchen nicht wieder aufzufinden. Die anderen Arbeiter an den Werkbänken sind sehr interessiert, was ihr Kollege nun beginnen wird, da er doch ohne die fehlende Kugel seine Arbeit nicht beenden kann. Dieser aber arbeitet ruhig weiter und auf ihre verwunderte Frage, ob er sie denn nicht suchen will, antwortet er: Er suche ja immerzu, aber sie sollten ihm nur noch einige Minuten Zeit lassen, dann würde er jemand anders schicken, der ihm die Kugel bringt! Nach Ablauf einiger Zeit blickt sich der Mann um und hat die kleine Kugel gefunden. Wie hat er das fertiggebracht und won hat er geschafft? Sofort kam ganz hinten vom Munde eines Hörers, der jedenfalls aus der Branche ist, die richtige Antwort: Der Arbeiter hat eine zweite minder wichtige Kugel vom Werkbänkchen auf den Fußboden rollen lassen, die naturgemäß den gleichen Weg über alle vorhandenen Unebenheiten nehmen wird, wie die verlorene. Bei Beobachtung ihres Weges ist die Richtung gegeben, in welchem Versted die erste liegen muß.

Jedenfalls sieht man aus diesen Beispielen es besser, als lange Erklärungen es vermögen, was der Denksport darstellen will. Seine Vertreter haben die richtige Meinung, daß nicht Diplome und äußere Wissen den Mann ausmachen, der den Platz ausfüllen soll, wo ihm kein Beruf hinsteht. Dagegen geistige Beweglichkeit, Klarheit, Sicherheit und Schlagfertigkeit den Fähigkeitsnachweis voll auf erbringen. Und diese Denkfähigkeit kann man sich durch Übung aneignen, durch Zuhilfenahme von Tricks und wissenschaftlich ergründeten Methoden. Wir haben keinen Grund, diesen neuen Problemen, die ein denkender und praktischer Wissenschaftler, der sie an eigener Person und jahrelangem Studium als Kernemarzt zur Reife geführt hat, ablehnend gegenüberzustellen, schon darum nicht, weil der Vortragende allhergebrachte Vorurteile des Schulwissens und wissenschaftliche Postulate, z. B. auf dem Gebiet der Psychologie erschüttert. F. N.

## Der Mörder seiner Familie.

Frau und drei Kinder in der Wohnung erdroffelt.

Frankfurt a. M., 1. März.

Heute nachmittag wurde eine Frau Wichmann sowie ihre drei Kinder im Alter von vier, drei und einem Jahr in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Ohne Zweifel hat der Ehemann alle vier Personen erdroffelt. Wie aus hinterlassenen Briefen und den polizeilichen Feststellungen hervorgeht, ist wirtschaftliche Not der Grund zur Tat gewesen, die von Wichmann im Einverständnis mit der Ehefrau ausgeführt wurde. Der Mörder ist geflüchtet.

Ausflug zum Schubert-Gedenktag. Zum hundertjährigen Gedenken an den großen Niederkomponisten veranstaltete das Volksbildungsamt Friedrichshain am Freitag, dem 2. März, 20 Uhr, in der Schulaula Friedenstraße 31 einen 4. Schubert-Biederabend. Zum Vortrag gelangen sämtliche Müllerlieder Schuberts. Gesang Rita Weise, am Flügel Gustav Bed.

## Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, dem 1. März.

1. Rennen. 1. Steinwulle (Gauß jr.), 2. Martha Gole (Witt), 3. Kaimir (Trenker). Toto: 12 : 10. Platz: 14, 22 : 10. Ferner liefen: Korngasse, Loulette.
2. Rennen. 1. Volkunus (Hinn), 2. Schnabast (Gauß sen.), 3. Runder (Gruha). Toto: 24 : 10. Platz: 16, 31, 14 : 10. Ferner liefen: Lutzschiff, Tereza, Peter Davolier, Vindemörlin I, Weiler B.
3. Rennen. 1. Dichtung (Höme), 2. Barometer (H. Florit), 3. Interessant (Belger). Toto: 33 : 10. Platz: 21, 48, 32 : 10. Ferner liefen: Dampfen Woll, Abdallah Silber, 6. Diana B, Kantua, Rimi Gole, Stappellau, Gaudis, Gloria, Weinbrand.
4. Rennen. 1. Johannistaler (A. Witt), 2. Lodana (G. Gauß jun.), 3. Truse Jög (G. Gauß sen.). Toto: 39 : 10. Platz: 16, 13, 29 : 10. Ferner liefen: Trotteur, Wainica, Rammelänger, Königsabier, Wacel.
5. Rennen. 1. Garenmädchen (Sivovacki), 2. Wintermäden (J. Witt), 3. Peale (Haber). Toto: 72 : 10. Platz: 21, 36, 108 : 10. Ferner liefen: Velling, Monofalos, Kartenspieler, Landrat, Dämar, Charles Bockig, Mirra, Adeline, Wirtelmann, Wogelmann, Lord Solo.
6. Rennen. 1. Fredegundis (A. Witt), 2. Sir Galb (Gauß jr.), 3. Kamenier (Kuduski jr.). Toto: 38 : 10. Platz: 16, 15 : 10. Ferner liefen: Katharina, Dennis Cord.
7. Rennen. 1. Lombardi (B. Weltner), 2. Farmaid (H. Höbre), 3. Tuhiffeng (Belger). Toto: 39 : 10. Platz: 16, 22, 45 : 10. Ferner liefen: Goldam, Suli Verdun, O'Captain Leuberg, Propeller, Götterbote, Ed Weiss, Sohn, Importeur.
8. Rennen. 1. Laminga (G. Gauß jun.), 2. Gelbperla (A. Schwachl), 3. Dampfen Woll (B. Weidner (Hinn)). Toto: 26 : 10. Platz: 42, 52, 45 : 10. Ferner liefen: Frankenstein, Gassus, Feis, Glühöfen, Petalla, Carona De Amney, Angriß, Gabeln, Copai, Calanopa.

Wetterbericht der östlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Trocken und heiter, nachts mäßiger Frost. Tagestemperaturen mehrere Grade über Null. Deutliche Winde. — Für Deutschland: Nirgendw. wesentliche Änderung der bestehenden Witterungsverhältnisse.

Mit welcher Geschwindigkeit hat sich die neue „Cauer des Luff.“ die Organe der Bauch erobert. Man ist einfach erstaunt, wie es möglich ist, für vier Pfennig so etwas Totalgutes herstellen zu können. Die Rennet haben schon längst die Cauer-Verzweigungen lieben und schätzen gelernt.

Die Kama Schokolade bringt Ihnen Ihre neuen Frühjahrsmoden heraus. Auch in diesem Jahre wieder eine unzweifelhaftige Auswahl enthaltend: der Neuesten in den beliebtesten Modellen; eine Hochleistung zu niedrigen Preisen. Es ist unbedingt empfehlenswert, die Schokoladen der Firma Schokolade, Berlin N., Reichstraße 110, zu beschaffen. Auch werden wir auf das heutige Interesse in unserem Blatt.

Ein Prachtkind! Ja, seit es mit Kufeke und frischer Milch ernährt wird



# Berliner Krankenhausprojekte.

Die Berliner Krankenhäuser sind seit langer Zeit fast durchweg voll belegt. Eine gewisse „letzte Kezzer“ an Betten steht der städtischen Gesundheitsverwaltung für den Fall plötzlich auftretender epidemischer Erkrankungen natürlich zur Verfügung. Aber die Zahl der Reservbetten, die für dringend aufzunehmende Kranke in den Krankenhäusern freizubehalten werden, ist recht beschränkt. Es fällt oft schwer, Patienten unterzubringen; davon können nur allzu viele Menschen ein Lied singen.

Weber die Notwendigkeit des Neubaus von Krankenanstalten bzw. der Erweiterung einiger bestehender Krankenhäuser ist man einzig im Kreise derer, die die Verhältnisse auf dem Gebiete des Berliner Krankenhauswesens kennen. Die Gründe dafür, daß immer noch nicht in dem eigentlichen unbedingt erforderlichen, sondern zunächst nur in ganz beschränktem Umfang an den Ausbau des Berliner Krankenhauswesens herangegangen wird, hängen aufs engste mit der Finanzlage zusammen. Die den deutschen Städten von dem Reichspräsidenten aufgetragen ist, zusammen, Berlin, das anderen Kommunen gegenüber bei der Verteilung der Erträge aus der Hauszinssteuer obendrein bisher auf das schwerste geschädigt wurde, ist nicht in der Lage, aus dem Steueraufkommen die für das Krankenhauswesen erforderlichen gewaltigen Geldsummen zur Verfügung stellen zu können. Berlins Kreditwürdigkeit steht aber außer Frage; um so bedauerlicher ist es, daß Schacht als Gegner kommunaler Auslandsanleihen es der Stadt Berlin verwehrt, die im Interesse der Bevölkerung notwendigen Erweiterungen des Krankenhauswesens auszuführen. Den Widerstand des Reichspräsidenten gilt es zu brechen, gerade um der Volksgesundheitspflege willen. Hoffentlich gelingt das recht bald. Man sollte jedenfalls alle Krankenhauspläne, die zum Teil schon weit gediehen sind, ohne recht aufmerksam im Auge behalten und weiter ausfeilen, um sie nach Überwindung der Widerstände des Herrn Schacht unter Umständen recht bald der Verwirklichung näherzuführen. Welche Vorschläge für den Bau neuer Berliner städtischer Krankenanstalten kommen besonders ernsthaft in Frage?

Am weitesten gediehen ist das Projekt der Errichtung eines allgemeinen Krankenhauses in Wilmersdorf. Die Schaffung dieses Krankenhauses entbehrt nicht eines besonderen kommunalpolitischen Interesses. Als nämlich die Berliner Einzelgemeinden gebildet wurde, war viel die Rede von den reichhaltigen kommunalen Einrichtungen, die in den früher selbständigen, in ihrer Mehrheit bürgerlichen westlichen Bezirken geschaffen waren und „in Gefahr geraten“ würden, in dem neuen überwiegend proletarischen Groß-Berlin „heruntergewirtschaftet“ zu werden! Nun, das reiche Wilmersdorf, das ja auch nicht einmal über ein ehliges Krankenhaus verfügte, ist auch recht arm an kommunalhygienischen Einrichtungen in den Groß-Berliner Stadtstaat hineingelangt. Weber eine Bedarfsliste noch ein Krank-

haus hat Wilmersdorf in der Friedenszeit errichtet. Und so holt denn jetzt das rote Berlin das nach, was die alten Wilmersdorfer Stadtväter in ihrer Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit jüdnvoll veräußert haben.

Von sonstigen Neubauten steht die Errichtung von Krankenhäusern in den Bezirken Prenzlauer Berg und Tempelhof im Vordergrund. Der Bezirk Prenzlauer Berg hat zwar eine große Krankenanstalt, das Hufeland-Hospital, das 1500 Betten zählt; es sind aber fast durchweg schwer chronisch kranke und steife Menschen, die hier untergebracht sind. Die Schaffung eines allgemeinen Krankenhauses für akut Erkrankte ist in diesem Bezirk dringend erforderlich. Es steht dringend zu hoffen, daß man recht bald dieses Vorhaben ausführt, zumal geeignetes Bauland vorhanden ist. Es besteht die Absicht, ein solches allgemeines Krankenhaus in geeigneter Weise mit dem von der Stadtverordnetenversammlung schon seit langer Zeit für den Bezirk Prenzlauer Berg dringend geforderten Mütter- und Säuglingsheim in nachbarlicher Gemeinschaft zu vereinigen und ihn — eventuell später — eine Entbindungsanstalt anzugliedern. Im Bezirk Tempelhof wird der dort herrschende Bettenbedarf vermutlich dadurch etwas gemildert werden, daß dort demnächst ein neues — allerdings katholisch-konfessionelles — Krankenhaus eröffnet werden wird. Freilich wird man democh auch im Bezirk Tempelhof unbedingt sehr bald auch ein neues städtisches Krankenhaus bauen müssen; handelt es sich doch um einen Bezirk, dessen Einwohnerzahl recht stark im Wachsen begriffen ist.

Im Krankenhaus am Friedriehshain sind Erweiterungsbauten teils vollendet, teils im Gange. Der so notwendige Ausbau des Krankenhauses Roasit kommt hoffentlich recht bald in eine schnelleres Stadium der Erzielung. Mancherlei Erweiterungen anderer Krankenanstalten sind dringend erforderlich und geplant, in Charlottenburg, in Schöneberg, in Neutölln, in Bach, in Beep-Sommerfeld und anderswo. Ganz besonders notwendig, dringlicher als die meisten anderen Projekte, ist aber — darüber darf man sich keinen Täuschungen hingeben — die recht schmerzliche Inangriffnahme einer Umgestaltung des Krankenhauses am Urban. Gerade in der verkehrsreichen Gegend in deren Nachbarschaft dieses alte Krankenhaus liegt, ist es notwendig, Reformen auf dem Gebiete des dortigen Krankenhauswesens durchzuführen. Welches Projekt zur Durchführung gelangt (mehrere Projekte stehen zur Diskussion), ist noch nicht entschieden. Unbedingt notwendig ist es jedenfalls, daß für diesen Umbau bzw. Neubau recht bald ausreichende Mittel bewilligt werden. Viele Einrichtungen des Krankenhauses am Urban sind alt, lagen wir sehr alt. Um die Mängel abzustellen, sind nicht unerhebliche Geldmittel erforderlich. Sie werden gebraucht, dringend gebraucht. Hoffentlich werden sie recht bald hergegeben. Eile tut not!

Dr. Alfred Korach.

## Aus den Bezirken.

### 10. Bezirk — Zehlendorf.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung wurde von der Rechten eine Motte gegen die beabsichtigte Erweiterung des Wannenseebades geritten. Die Deutschnationalen brachten diese Angelegenheit zur Sprache und äußerten ganz unverbohlen ihre Mißbilligung darüber, daß dem Freibad Wannsee überhaupt von der Stadt keine Unterstützung gewährt werde. Gleichzeitig rumpelten ihre Sprecher den Direktor des Wannenseebades, unseren Genossen Claus, an, natürlich ohne irgendwelche Unterlagen, sondern nur weil ein Sozialdemokrat sich mit großem Fleiß und Erfolg für die Verbesserung des Bades und seine Vergrößerung einsetzt. Stadtverordneter Genosse Drämer nahm sich diese „Vollfreunde“ vor und rechnete mit ihnen ab. Er schilderte die Verdienste des Genossen Claus und die ungeheure Entwicklung des Wannenseebades. Wenn sich die deutschnationalen Kreise der westlichen Ortsteile Berlins daran stoßen, daß sich besonders das wertvolle Berlin im Freibad Wannsee erhole und tummle und darüber hochmütig die Nase rümpfen, so sind wir gerade auf dem richtigen Wege. Für die Volksgesundheit sei es zuträglich, auch gegen den Willen der Willensbesten im Umkreis des Bades neue bequeme Zugänge zu schaffen und weiteren Tausenden die Möglichkeit zu geben, im Bade Platz zu finden. Die Deutschnationalen, so führte unser Redner am Schluß aus, bleiben dieselben Gegner von Einrichtungen zum Zweck der Volksgesundheit und Volkserholung wie vor dem Kriege. Auch da haben sie sich bereits mit allen Mitteln gegen ein Volksfreibad am Wannsee gewehrt. Am Schluß nahm Stadtrat Dr. Sandt das Wort und versuchte für seine deutschnationalen Freunde die vom Genossen Drämer erteilten Hiebe zu parieren. Vorher nahm die Versammlung zu einem Protest der Kleingärtner im Mühlenstrahngelände Stellung. Der Grund des Protestes, die Kündigung der Kleingärtner, wurde auf unseren Antrag durch Zurücknahme der Kündigung wieder beseitigt. Die Diskussion über die Errichtung einer Schule in der Spandauer Straße, besonders notwendig infolge der neuen Gehag-Großsiedlung — die Zustände in der Nordschule haben sich als unerträglich herausgestellt —, wurde vertagt.

### 11. Bezirk — Schöneberg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Bezirksversammlung widmete der Vorsteher-Stellvertreter Dr. Teuser dem verstorbenen alten Schöneberger Bürger und langjährigen Stadtverordneten Vatermann warme Worte des Gedenkens. Anschließend begrüßte den Vorsteher-Stellvertreter den Genossen Czeminiski zu seiner Wahl zum beabsichtigten Stadtrat in Berlin, hob seine Verdienste um Schöneberg hervor, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Czeminiski auch im Berliner Magistrat ein Fürsprecher für Schöneberg bleiben möge. Eine längere Debatte entspann sich über den Ausschußbericht betr. Schließung des Friedhofes in der Wazstraße. Die Genossen Kamrowski und Kriß schlugen sich für die sofortige Schließung des Friedhofes und Ausweisung desselben als Freifläche ein. Ein Zusatzantrag unserer Fraktion, auch den Friedhof in der Stubenrauchstraße in Friedenau zu schließen, fand mit dem Antrag des Ausschusses Annahme. Eine Anfrage der deutschnationalen Fraktion und ein Dringlichkeitsantrag der Volkspartei wegen der geplanten Aufhebung des städtischen Wochenmarktes auf dem Lauterplatz in Friedenau zeigte die Demagogie dieser Schützer des Mittelstandes in hellem Lichte. Die Deutschnationalen, die in Berlin und im Bezirk nicht genug über die „Mißwirtschaft“ kommunaler Einrichtungen zernern können, mußten unter dem Druck der Hausfrauen und des Vaterländischen Frauenvereins nicht nur gegen die Schließung des städtischen Marktes weitem, sondern forderten forsch im „Interesse der notleidenden Händler und Gewerbetreibenden“ die Sicherstellung des Marktes auf jeden Fall. Genosse Czeminiski nagelte das eigenartige Verhalten dieser Mittelstandesretter gebührend fest. Zum Schluß behandelte die Versammlung trotz unseres Widerpruchs in geheimer Sitzung eine Anfrage unserer Fraktion über Mißstände im Schöneberger Auguste-Viktoria-Krankenhaus.

### 16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksversammlungsitzung am 22. Februar war nur von kurzer Dauer. Eine längere Debatte von Seiten der bürgerlichen und kommunistischen Fraktionen schloß sich nur an die Vorlage betreffend Kenntnisnahme der Umbenennung von Straßen des Bezirks an, die wie vorgelegt erledigt wurde. Die dazu eingebrachten Anträge auf Abänderung einzelner Namen in der Vorlage wurden derselben zur Berücksichtigung beigegeben. Auch die Vorlage

betr. Gleichstellung der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit denen in der gehobenen Fürsorge wurde debattiert zur Kenntnis genommen und der Erweiterungsbau der I. Volksschule mit einem Kostenaufwand von 160 700 M. beschloßen. Eine Anzahl Verwaltungsvorlagen passierten gleichfalls debattiert die Versammlung, die nach fünfviertelstündiger Dauer ihr Ende fand.

## Staaten oder Briß?

### Der Streit um den Versuchesflugplatz.

Am Donnerstag, dem 8. März, soll in der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Kommission Beschluß gefaßt werden über die nachweise Ueberlassung eines Teiles des Rittergutes Briß an die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt. Der Bezirks- und Verkehrsverein hat in einer Denkschrift den Berliner Stadtverordneten neues Material über die Anlage eines Flugplatzes in Briß vorgelegt. In dieser Denkschrift heißt es: In der Vorlage vermischt man die Kosten für die Umlegung der quer zur Hauptausrichtung führenden Hochspannungseitung, die unseres Erachtens ganz erheblich sind. Diese Leitung muß in einem großen Bogen um den Flugplatz herumgeführt werden. Ferner vermischt man die Kosten für die Geländeeinhebung, die sich auf einige Millionen Mark belaufen werden. Die weitere Begründung des Magistrats, die beiden Höfen als sogenannte Vorflughäfen für Tempelhof herzurichten, halten wir für durchaus abwegig. Es ist ein flugtechnischer Unsinn, in einer Entfernung von je 4 Kilometer (eine halbe Flugminute) Flugplätze nebeneinander (Tempelhof, Briß, Rudow) anzulegen. In Berlin herrschen fast neun Monate im Jahr westliche Winde. Die Folge davon ist, daß über dem östlichen und südöstlichen Teil Berlins der Dunst der Großstadt liegt. Es ist also grundverkehrt, die Vorflughäfen des Hauptwindrichtung anzulegen. Denn wenn der Flugplatz Tempelhof im Dunst und Nebel liegt und nicht aufzufinden ist, sind erst recht die beiden Vorflughäfen nicht aufzufinden. Zum Beispiel kam am 19. Januar, nachmittags gegen 4 Uhr, das flugplanmäßige Kopenhagener Flugzeug mit sechs Fluggästen über das Tempelhofer Feld und konnte dort wegen plötzlich auftretenden Stadtdunstes und Nebels nicht landen. Der erfahrene Piloter entschloß daher, nach Staaten zu fliegen, wo er glatt bei klarer Sicht landen konnte. Durch sofort angestellte Beobachtungen wurde festgestellt, daß das Brißer und Rudower Gelände noch viel stärker im Nebel lag als Tempelhof, so daß der Piloter dort erst recht nicht hätte landen können. Die erfahrenen Piloter der Luftlinie haben unsere Wetterbeobachtungen des Bieren bestätigt und in der Hauptsache dahin, daß der Grunewald-Rücken eine lokale Wetterscheide bildet, das heißt, daß östlich von diesem Rücken meistens der Dunst und Nebel liegt, während der westliche Teil, also hauptsächlich Staaten klaren Wetter hat.

### Fortschritte in der Freidenkerbewegung.

Die Freidenker, die auch zugleich Mitglied unserer Partei sind, haben in den letzten Wochen einen harten Kampf gegen die kommunistische Zellenarbeit in der Freidenkerbewegung zu führen gehabt. Um die Kampffront gegen die Kommunisten einheitlich zu gestalten, verammelten sich gestern abend die sozialdemokratischen Freidenker im großen Saal im Gewerkschaftshaus, um sich vom Genossen Sievers über die „Arbeit“ der Kommunisten unterrichten zu lassen. Genosse Sievers gab in großen Zügen ein Bild von der Freidenkerbewegung in Deutschland und in den übrigen Ländern, in denen die Freidenkerorganisation mit der deutschen durch die Internationale der Freidenker verbunden sind. Bei der Berichterstattung über die ausländischen Freidenkerorganisationen fiel besonders auf, daß ausgerechnet Sowjetrußland, das Land, in dem angeblich das Proletariat das Staatsrud in der Hand hat, eine vollkommen ohnmächtige Freidenkerorganisation besitzt und die es nicht einmal hat durchsetzen können, daß in Rußland Kirchen ohne staatliche Subventionen gebaut werden. Im zweiten Teil seiner Ausführungen sprach Genosse Sievers über die Zusammenarbeit der Freidenker mit den politischen Parteien. Die Stellungnahme zur Sozialdemokratie ist anders als zur kommunistischen Partei. Wir Freidenker sehen in der Sozialdemokratie die große politische proletarische Partei, die in der Lage ist, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen. Die kommunistische Partei hingegen ist in den letzten Monaten vollständig zusammengebrochen. Uebrig geblieben ist heute ein Häuflein Krafteier. Diese Partei hat in den letzten Monaten versucht, mit Zellenbildung die Freidenkerbewegung zu einer ihr willigen Organisation zu machen. Die kommunistische Presse hat monatelang mit den größten Verleumdungen aufgewartet und mußte immer erst durch Staatsanwaltschaft gezwungen werden, ihren blühenden Unsinn zu berichtigen.

In den letzten sieben Wochen hat die Freidenkerbewegung über 15 000 Neuzugänge zu verzeichnen. Als eine Organisation für praktische Kulturarbeit kann die Freidenkerorganisation nur dann angesprochen werden, wenn es gelingt, bei den nächsten Freidenkerversammlungen die Kommunisten vollkommen zurückzuwerfen. Unter stürmischer Zustimmung der sehr stark besuchten Versammlung — der Saal war überfüllt — schloß Genosse Sievers seine Ausführungen.

Eine fünfundsiebzehnjährige, Genossin Martha Grumbach vollendete gestern, Donnerstag, ihr 65. Lebensjahr. Sie war eine der ersten weiblichen Wohlfahrtsvorsteherinnen, welchen Posten sie heute noch bekleidet. Seit 1921 gehört Genossin Grumbach der Stadtverordnetenversammlung an.

Ein Blick genügt!

MANOLI  
**Dandy**  
ZIGARETTEN

4 Pf.



# Kreisversammlungen.

Berlin - Mitte.

Der Kreisvertretertag nahm den Jahresbericht des Kreisvorstandes entgegen. Der Berichterstatter konnte auch im I. Kreise erfreut eine Zunahme der Mitgliederzahl feststellen. Waren es am Anfang des Jahres 1927 2520, so am Schlusse des Jahres 2792 Mitglieder, darunter 727 Frauen. Erwähnt muß werden der Opfermut der Funktionäre und der tätigen Mitglieder. Hervorzuheben ist, daß die drei Jugendgruppen gutes leisten. Den fünf Gruppen der Kinderfreunde muß noch mehr Beachtung und Sympathie entgegengebracht werden. Die kommunale Kommission hat ebenfalls durch ihre Arbeit auf kommunalem Gebiete Gutes geleistet. Die Bildungsbestrebungen waren von Erfolg gekrönt. Auch die Frauenbewegung macht sichtbare Fortschritte. Genosse Adolf Hoffmann sen., Vertreter der Pressekommission, begrüßte es, daß infolge der Umwandlung der Abendausgabe in den „Abend“ jetzt ein Berliner Blatt erscheine. Der vorjährige Kreisvorstand mit Genossen Riese und Bernau wurde wiedergewählt.

Tiergarten.

Die Kreisvertreterversammlung fand am 24. Februar 1928 im Artushof statt. Der Kreisvorsitzende Welner leitete die Versammlung. Genosse Hennig gab den Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes. Die Gesamtarbeit des Kreises war im verfloffenen Jahr gut. Trotz der halbweithlichen Lage des Kreises markiert er in Zunahme neuer Mitglieder und in der Durchführung seiner Veranstaltungen in den vordersten Reihen der 20 Kreise Berlins. Neuannahmen von Mitgliedern waren im verfloffenen Jahre 573 zu verzeichnen. Genosse Bauer gab den Kassenbericht. Die Versammlung erteilte ihm Entlastung. Zum Bericht der Pressekommission stellte Genosse Otto Meier fest, daß die in der Kommission vorliegenden Arbeiten sehr reichhaltig und erfolgreich gewesen sind. Er schilderte eingehend die Schwierigkeiten, die in der Durchführung des Beschlusses des vorjährigen Bezirksparteitag, den Berlinern eine eigene Zeitung zu geben, gelegen habe. In der Diskussion wurde die Gesamttätigkeit des Kreisvorstandes, der Kommissionen und aller aktiven Genossen rückhaltlos anerkannt. Der Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als zweiter Kreisvorsitzender wurde Genosse v. Püttamer gewählt. Ebenso wurde Genosse Otto Meier einstimmig als Mitglied der Pressekommission vorgeschlagen. Bestätigt wurden Genossin Jordan und Raich als Frauenleiterinnen und Genossin Eisfelder und Paerch als Wohlfahrtsleiterinnen des Kreises. Der alte Bezirksvorstand wurde wieder einstimmig in Vorschlag gebracht. Anträge lagen nicht vor. Mit einem anfeuernden Appell zur Mitarbeit im kommenden Wahljahr 1928 schloß Genosse Welner die Kreisvertreterversammlung.

Drenzlauer Berg.

Die Kreisdelegiertenversammlung des Kreises Drenzlauer Berg tagte am Freitag, den 24. Februar, im Ledigenheim Pappelallee. Nach Einleitungsreden des Genossen Maderholz gab Genosse Döhner den Geschäftsbericht. 1927 war ein Jahr der Ruhe, in dem die Genossen Zeit hatten, die Organisation für die kommenden Kämpfe zu festigen. Der Bezirk hat das Jahr gut ausgenutzt. Unsere Mitgliederzahl ist um rund 700 gestiegen. Besondere Anstrengungen hat der Bezirk gemacht, um neue weibliche Schulen zu schaffen. Zum 1. April wird eine neue Schule in der Danziger Straße eröffnet. Für eine weitere werden zurzeit die notwendigen Unterschriften gesammelt. Genosse Seelbinder erstattete den Kassenbericht. Der Bezirk hat im letzten Jahre recht sparsam gewirtschaftet, um für den kommenden Wahlkampf die notwendigen Mittel zur Propaganda bereit zu haben. Genossin Kay berichtete über die Frauenarbeit. Daraus ging hervor, daß im letzten Jahre auch die Frauen aktiver mitgearbeitet haben. Nach einer regen Aussprache wurde der alte Vorstand wiedergewählt, und zwar zum 1. Vorsitzenden Genosse Döhner, zum 2. Vorsitzenden Genosse Maderholz, zum Kassierer Genosse Seelbinder, zum Schriftführer Genossin Friedreich. Als Beisitzer wurden die Abteilungsleiter bestimmt. Für die Pressekommission wurde Genosse Drachbach vorgeschlagen. Anträge zum Bezirkstag wurden nicht gestellt.

Friedrichshain.

Der Kreis Friedrichshain hatte Montag, den 27. Februar, seine Delegiertenversammlung. Den Geschäftsbericht gab Genosse Buchmann. Daraus ging hervor, daß die verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen einen erfreulichen Aufstieg aufweisen. In der Bezirksverwaltung haben unsere Genossen im letzten Jahr wertvolle Mitarbeit geleistet. Eine Reihe kommunalpolitisch wichtiger Einrichtungen — so der Krankenhaus-

# Bildungsausschuß der SPD. Groß-Berlin

Sonntag, den 11. März 1928, 19<sup>1/2</sup> Uhr im Schweizergarten am Friedrichshain:

## „Wanderratten-Abend“

Karten zu 50 Pf. das Stück sind bei den Abteilungsleiterinnen und an der Abendkasse zu haben.

4. Kreis Prenzlauer Berg.

erweiterungsbau — wurden durch Unterstützung und Förderung der sozialdemokratischen Bezirksverordnetenfraktion geschaffen. Besonders stark ist die Mitgliederzahl der Kinderfreundebewegung gestiegen. Die Freie Schulgemeinde hat im letzten Jahr die notwendigen Unterschriften für die Errichtung einer weltlichen Schule im Bezirk Schlesischer Bahnhof zusammenbekommen. Für eine weitere Schule am Birchow sind schon über 220 Unterschriften gesammelt. Ueber die Arbeit der Pressekommission berichtete Genosse Büchner. Er betonte, daß die Vorbereitung für die Parteipresse auch nach der Werbeweche intensiv weiter betrieben werden muß. Für bessere Propagandamöglichkeit ist die Abendausgabe des „Vorwärts“ umgestaltet. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde mit einigen Ausnahmen der alte Vorstand wiedergewählt: Genosse Buchmann zum 1. Genosse Buchalko zum 2. Vorsitzenden, die Genossen Beg und Höflich zu Schriftführern und die Genossen Bleg und Wendel zu Kassierern. Als Vertreter für die Pressekommission wurde Genosse Büchner vorgeschlagen.

Der 5. Kreis Friedrichshain veranstaltete kürzlich eine Feier zu Ehren der Parteigenossen, die 25 Jahre und länger Mitglied sind. Im festlich rot geschmückten Saale der Comeniusstraße hatten 162 Parteigenossen an langen weißgedeckten und mit Blumen bestandenen Tischen Platz genommen, um Rückschau zu halten auf ein im Dienste der Arbeiterklasse verbrachtes Menschenalter. Nach kurzen Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden brachte ein parteigenössisches Tercett zwei Musikstücke zu Schöber. Es folgte der Gesang des Männerchors Friedrichshain. Dann sprach Genosse Crispian und zeigte den dornigen Weg und den Aufstieg der Arbeiterklasse, vom Beginn der modernen Arbeiterbewegung bis zur heutigen Zeit.

Wilmersdorf-Friedenau.

Die Kreisdelegiertenversammlung wurde am 23. Februar 1928 im Viktoriagarten abgehalten. Genosse Wieprecht gedachte vor dem Geschäftsbericht des verfloffenen Jahres der im letzten Geschäftsjahr verstorbenen Genossen, wobei er besonders die Verdienste der Genossen Molkenkuhr und Suchsfeld (68. Abt.) hervorhob. Die Mitgliederzahl von 901 ist auf 1024 gestiegen. Sehr beliebt sind die Republikanischen Abende geworden, auf denen u. a. die Genossen Ruben, Schulz, Stellung und Scheidemann sprachen. Die Revolutionsfeier war diesmal besonders eindrucksvoll. Es wurden dabei die Jubilare der Partei durch eine silberne Nadel besonders ausgezeichnet. Festredner war der Genosse Falkenberg. Den Kassenbericht gab Genosse Gnomm. In der Aussprache über den Geschäftsbericht kritisierten die Genossen Fischer, Chaim und Schüler scharf die Stellungnahme des Bezirksvorstandes in Sachen der freien Turnerschaft. Die Genossen Steinhilf und Brenner prüflichten an Hand des Materials und Genosse Brendler auf Grund der Verhandlungen im Bezirksvorstand die Vorgänge. Genosse Dersch verwies auf die Konsumwahlen im März. Genosse Schüler auf die Freiwahlerwahlen am 25. März. Auf den Wahlenden sollen die organisatorischen Wahlarbeiten erledigt werden. Der emere Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Genosse Dr. Wieprecht, 2. Vorsitzender Genosse Max Steinhilf, 1. Schriftführer Genosse Willy Brendler, 2. Schriftführer Genosse E. Hahn, 1. Kassierer Genosse Wilhelm Grunow, 2. Kassierer Genosse Max Brandt. Frauen: Emilie Burdhardt, Beisitzer: Genosse Breiter, Fischbach und Goelling. Genosse Dr. Korach gab den Bericht der Pressekommission und erwähnte dabei besonders das neue Gewand der Abendzeitung. Zum Bezirkstag wurde beschloffen, die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes vorzuschlagen. Als Pressekommissionsmitglied wurde Genosse Dr. Korach, als Kenioren Genosse Timm und Bild gewählt. Zur Wahl in den Ausschuss bzw. Arbeiterwohlfahrt wurde die Genossin Stock wieder vorgeschlagen.

## Die Mieterschaft rüstet zum Wahlkampf.

Im Reichsgesetzblatt sind unter der unscheinbaren Ueberschrift einer Abänderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes die „Reformen“ erschienen, die der Bürgerblock nach im

Schaden der Mieterschaft als Angebinde für die Wahlen besetzt hat. Es war daher eine gute Einleitung des Wahlkampfes innerhalb der Mieterschaft, als vor einigen Tagen der Bezirksmieterschaftsausschuß der Partei zu einer Konferenz über das neue Mietrecht einlud. Etwa 250 Funktionäre, darunter eine Reihe von Stadträten und Vertretern von Bezirksverordnetenfraktionen, hatten sich eingefunden.

Genosse Ruben wies darauf hin, daß an Stelle eines Flugblattes das Reichsgesetzblatt selbst und die nackten juristischen Bestimmungen bereits das wirksamste Agitationsmittel seien. Die berücksichtigten §§ 1a, 1b, 1c usw. bis zu den §§ 1o und 1p werden der Mieterschaft zeigen, welche Bedeutung der Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen diese juristischen Ungeheuerlichkeiten für die gesamte Mieterschaft darstellt. Während man auf der einen Seite an den sachlichen Abdingungsgründen nichts ändern will, führt man ein Verfahren ein, das vielfach formelle Schlingen enthält, in denen sich der einfache Mann leicht fangen kann. Fristen der verschiedensten Art sind vorgeschrieben; ihre Veräumung bringt schwere Rechtsnachteile mit sich. Wer wird darunter leiden? Die Unorganisierten. Das Gesetz vom 13. Februar 1929 wird so eine Mahnung an alle Mieter sein, sich den Mietervereinen anzuschließen, sich freigewerkschaftlich zu organisieren und vor allem der sozialdemokratischen Partei beizutreten. Die durch ihre Mieterfunktionäre in den einzelnen Bezirken mit Rat und Tat jedem Mieter zur Seite steht.

Eine wichtige Wirkung wird das Gesetz auf jeden Fall dadurch haben, daß in noch größerem Maße wie bisher das Wohlfahrtsamt und das Wohnungsamt vor schwer lösbare Aufgaben gestellt wird. Woher soll das Wohnungsamt die vielen Wohnungen nehmen, um diejenigen unterzubringen, die die Fristen veräumt haben und gegen die der Räumungsbefehl ergangen ist? Außerdem werden jetzt alle Räumungslagen wegen Nichtzahlung der Miete den Wohlfahrtsämtern formell zugestellt. Der Reichsjustizminister Herzt erklärte dies für sehr fatal. Der Redner schlug vor, daß bei jeder Kopsstellung das Wohlfahrtsamt dem Mieter durch ein Formularschreiben bekannt geben soll, wohin er sich zu wenden hat, wenn er Hilfe beansprucht.

Stadtrat Genosse Kolln wies im Anschluß an den Vortrag in der Diskussion eingehend auf die Hemmungen hin, denen die Wohnungsämter durch die Richtlinien leider unterworfen seien. Der Stadtrat Genosse Rosemann führte jedoch umgekehrt aus, daß nach den Reichsarrundbüßen durchaus eine Milderung der Berliner Richtlinien zulässig und angebracht sei. In seinem Schlußwort betonte Genosse Paul Lange die Bedeutung der Organisation.



**ALPURSA**  
ALPURSA A.G. DIESENROFEN DAYERALLGAU

## Billige Lebensmittel

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str. / Brunnenstr. / Kolibuser Damm / Andreasstr. / Chausseestr.

Geflügel und Wild	
Gänse gefroren, Pfund von	52 <sup>1/2</sup> Pf.
Gänsefleisch	1 <sup>10</sup> 1 <sup>30</sup>
Suppenhühner gefroren, Pfd.	1 <sup>10</sup>
Hirschfleisch Pfund von	45 Pf. an

---

### Wurstwaren

Sülzwurst	Pfund 0,90
Hausm.-Leberwurst	Pfd. 1,00
Speckwurst	Pfund 1,00
Jagdwurst	Pfund 1,20
Knolauchwurst	Pfund 1,20
Fleischwurst	Pfund 1,20
Metiwurst	Pfund 1,35
Hildesheimer Art	Pfund 1,40
feine Leberwurst	Pfund 1,40
Schinkenpolische	Pfd. 1,45
Schinkenspeck	Pfund 1,55
Teewurst	Pfund 1,65
Zerelat u. Salami	Pfd. 1,65
Mausschinken	Pfund 1,80

### Konserven

Jg. Schnillbohnen l	68 Pf.
Prinzessbohnen min	1,00
Jg. kleine Karotten	78 Pf.
Jg. Karotten extr. klein	98 Pf.
Junge Erbsen	78 Pf.
Junge Erbsen mittel klein	92 Pf.
Junge Erbsen fein	1,25
Kaisererbsen	1,67
Pfefferlinge	90 Pf.
Sellerie in Scheiben	98 Pf.
Apfelmus	58 Pf.
Kürbis	78 Pf.
Stachelbeeren	98 Pf.
Mirabellen	1,25
Birnen 1/2 Frucht	1,00
Preisselbeeren	1,10
Saure Kirschen m. Stein	1,40
Süsskirschen ohne Stein	1,50
Erdbeeren	1,50

### Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch o. Balle	Pfd. 76 Pf.
Pa. Schweine-Schulterblatt	Pfd. 84 Pf.
Pa. Schweineschinken	Pfund 94 Pf.
Pa. Schweinekamm und -Schult	ohne Schwarte, ohne Hüllage, Pfd. 1,00
Pa. Schwarzkotelett	Pfund 1,16
Pa. Pökelschinken	Pfund 98 Pf.
Pa. Kassler	Pfund 94 Pf.
Pa. Linsen extra stark	Pfund 64 Pf.
Pa. Rückenfilet bratfertig	Pfund 70 Pf.
Pa. Einseln mit Spitzh., mild	Pfd. 58 Pf.
Pa. Hammelvorderfleisch	Pfund 92 Pf.

---

### Säfte

Margarine	Pfd. 52 und 62 Pf.
Rinderfett 1-Pfd.-Paket	52 Pf.
Braunschlmalz	Pfund 70 Pf.
Griebenschmalz	Pfd. 70 Pf.
Rohschmalz	Pfund 70 Pf.
Molkereibutter	Pfund 1,86
Tafelbutter	Pfund 1,98
Schwed. Butter	Pfund 2,20

### Geflügel

Pa. Schmorfleisch	Kessl. K., Pfd. 96 Pf.
Pa. Gulasch ohne Knochen	Pfund 70 Pf.
Pa. Sappelfleisch	von 50 Pf. an
Schweineköpfe mit Backe, frisch	Pfund 44 Pf.

### Kolonialwaren

Brudreis	Pfund 19 Pf.
Burma-Reis	Pfund 22 Pf.
Ital. Tafelreis	26 Pf.
Moumain-Reis	Pfund 28 Pf.
Harigriss	Pfund 27 Pf.
Polierie Erbsen	Pfund 33 Pf.
Langbohnen	Pfund 24 Pf.
Linsen	Pfund 20, 28, 38 Pf.
Bosn. Pflaumen	Pfund 28 Pf.
Mischobst 5 Frucht, Pfd.	48 u. 65 Pf.
Kalif. Pflirsiche	Pfund 78 Pf.
Kalif. Aprikosen	Pfd. 95 Pf.
Kalif. Ringäpfel	Pfd. 95 Pf.
Gebr. Gerste	Pfund 22 Pf.
Malzkaffee 1-Pfd.-Pak.	30 Pf.
Gebr. Kaffee	Pfd. 2,30 an

---

### Wurstwaren

*Rauhe Flunders	Pfund 8 Pf.
*Kabilau o. K., l. g.	Pfund 16 Pf.
*Seelachs o. K., l. g.	Pfund 16 Pf.
*Rotbars	Pfund 22 Pf.
*Schellfisch	Pfund 28 Pf.
*Filet von Kabilau	Pfund 30 Pf.
*Grüne Heringe 5 Pfd.	45 Pf.
*Zander gefroren	Pfund 70 Pf.

### Räucherwaren

Makreilücklinge	Pfund 24 Pf.
Engl. Bläcklinge	Pfund 40 Pf.
Seelachs	Pfund 58 Pf.
Räucherheringe	Stück 15 Pf.
Sprotten	1-Pfund-Kiste 42 Pf.
Grosse Flunders	Pfund 45 Pf.
Stückenlachs	Pfund 2,30

### Obst

Äpfel Boskop	3 Pfund 55 Pf.
Äpfel	3 Pfund 35 Pf.
Amerik. Äpfel	Pfund 42 Pf.
Bananen	Pfund 50 Pf.
Äpfelinen	4 Pfund 88 Pf.
Stüpfelinen	3 Pfund 85 Pf.
Ananas	Pfund 90 Pf.
Blutorangen	Kiste 50 Stück 5 <sup>90</sup>



# Gefährliches Gewährenlassen.

## Ferngaswirtschaft ohne Staatskontrolle? — Der Staat muß sich entscheiden.

Seit einem halben Jahrhundert war es selbstverständlich, daß bei lebenswichtigem Bedarf wie in der Kraft-, Wasser-, Gas- und Verkehrswirtschaft der Staat, bzw. die Gemeinden mehr und mehr zur Monopolversorgung übergehen. Schlecht angebrachte Rücksichtnahme auf den seit zwei Jahren immer schärfer geführten Kampf gegen die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand scheint dazu zu führen, daß sich verantwortliche Stellen im Reich und im preussischen Staate immer mehr von dem bei lebenswichtigem Bedarf selbstverständlichen Prinzip der öffentlichen Kontrolle entfernen. Das gilt ganz insbesondere gegenüber den Bestrebungen der Ruhrzechen, die Gasversorgung Deutschlands zu monopolisieren und zu diesem Zweck — ein in seiner Tragweite heute noch von den wenigsten eingeschener Vorgang — bisher öffentliche Versorgungsgebiete auf falkem Wege zu privatisieren.

### Keineswegs sind es die bisherigen Erfolge

der U.-G. für Kohleverwertung in Essen, der Trägerin dieser privatwirtschaftlichen Monopolisierungspläne der Ruhr, die an sich schon ein staatliches Nachwort herausfordern. Der mit Westfalen abgeschlossene Vertrag ist ein Optionsvertrag, der der U.-G. für Kohleverwertung zunächst nur Kosten auferlegt, der noch keine kommunale Versorgungsabschlüsse zur Folge gehabt hat und der die wichtigsten Großstädte des Ruhrgebietes und das ganze Gebiet der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen von der eventuellen Belieferung ausnimmt. Der Abschluß mit den Farbwerken Beyerlufen steht ebenfalls noch auf dem Papier, weil er erst nach der Uebertragung der Gasleitungen des RWG an die U.-G. für Kohleverwertung wirksam wird, wogegen aber jetzt schon dreißig bergische Städte protestiert haben. Die Verträge mit Düsseldorf und Duisburg sind den beiden Städten noch nicht einmal im Entwurf vorgelegt, die Teilnahme Kölns ist zweifelhafter als je, und der Lieferungsvertrag mit der Stadt Hannover, der Bilanzpunkt aller bisherigen „Erfolge“ der U.-G. für Kohleverwertung, ist ein finanzielles Verlustgeschäft schwerster Art, denn jeder Kubikmeter, der nach Hannover geht, ist aus dem Lieferungsvertrag mit dem Bergwerk Oberkirch mit 0,3 bis 0,4 Pf. Verlustzuschuß belastet, und wenn man auch nur 15 Millionen Kapital für die neue Leitung nach Hannover rechnet, so bedt die gesamte Bruttoeinnahme aus den nach Hannover zu liefernden 40 Millionen Kubikmetern bei einem Zins- und Tilgungszug von zusammen 8 Proz. gerade die jährlichen Leitungskosten.

### Gefährlich sind vielmehr die Methoden

der Ruhrzechen. Es ist noch viel zu wenig in der Öffentlichkeit beachtet worden, daß der eigentliche Gründer der U.-G. für Kohleverwertung das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat ist, also eine vom Kohlenwirtschaftsgesetz getragene Einrichtung, und daß vom Kohlenyndikat aus alles darauf angelegt wurde, viel weniger eine rationelle Gaswirtschaft in Deutschland zu erschaffen, als die primären Erträge aus dem Kohlenverkauf für die eventuelle Gasversorgung für die Mitglieder des Syndikats zu erhöhen. Die Öffentlichkeit weiß bis heute noch nicht, daß ein streng vertrauliches, nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Rundschreiben schon im Jahre 1926 ausdrücklich vorschlag, daß für die innere Kalkulation der U.-G. für Kohleverwertung die von den Zechen verkauften minderwertigen Feinkohle mit den Preisen der höchstwertigen Kohlen angelegt wird und daß zweitens in dieser Kalkulation Preise für Selbstverbraucherbeteiligung gelten, während den Mitgliedern des Syndikats aber Verkaufspreise zugerechnet werden. Die dazwischenliegende Spanne wird also von vornherein von den inländischen Kohlenkäufern getragen, was mit anderen Worten heißt, daß auch die von der U.-G. für Kohleverwertung jetzt unter Druck gesetzten städtischen Gaswerke in den von ihnen bezahlten Preisen diese Differenz bezahlen.

Die U.-G. für Kohleverwertung denkt gar nicht daran, trotz ihrer verschiedenen abweichenden Erklärungen, auf etwas anderes hinzuwirken als auf ein möglichst vollkommenes Gasmonopol. Es ist nicht ihr Verdienst, sondern sie wurde dazu gezwungen, wenn die Konkurrenzabsichten der Braunkohle, die selbständige Gruppenversorgung der Städte, diese Monopolabsichten bisher beschnitten haben. Trotz entgegenstehender Erklärungen denkt die U.-G. für Kohleverwertung heute nicht mehr daran, die Gaslieferung gemischtwirtschaftlich aufzulegen; sie strebt vielmehr mit aller Energie danach, selbst öffentlich kontrollierte Gasleitungen, wie die des RWG, in den eigenen Besitz zu bringen. Zum Abschluß Thüringens angefertigte Pläne lassen überall da, wo von außen Ergänzungs- und Zuschußgas zugeführt werden soll, im Westen, Norden und sogar im Osten, Zufuhrleitungen der U.-G. für Kohleverwertung erkennen. Und der Vertrag mit Hannover, der von vornherein das denkbar schwerste Verlustgeschäft ist, kann nur Sinn bekommen, wenn über Hannover bis an die Nordsee und über Magdeburg nach Berlin Anschluß gefunden wird. Es ist also nicht daran zu zweifeln, daß die Monopolpläne der Ruhrzechen nach wie vor fortbestehen und daß schon aus diesem Grunde das Staatsinteresse bei der von den Ruhrzechen erstrebten Ferngasversorgung auf der Hand liegt.

### Peinliche Einzelheiten

wurden uns von der Polizei der U.-G. für Kohleverwertung berichtet. Als die Städte Frankfurt und Köln die bekannten Kohlenfelder erworben hatten und zur Abwehr der von den Ruhrzechen inszenierten Angriffe gegen dieses Vorhaben Sachverständige zur Begutachtung der Kohlenfelder benötigt wurden, da soll in Bereich des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats die Gutachtertätigkeit für die städtischen Kohlenfelder verboten worden sein. Als Düsseldorf sich zu weigern versuchte, die direkte Belieferung der sogenannten Konzernwerke, das heißt die Belieferung der Gebietsbehörden zuzulassen, wurde in durchsichtiger Form verständlich gemacht, daß man schon Wege finden werde, die Stadt Düsseldorf zu diesem Zugeständnis zu zwingen. Die Oberbürgermeister der rheinisch-westfälischen Industriestädte werden unter ständigem Druck gehalten durch die immer in der Luft liegende Drohung, daß große Industriewerke verlegt werden, wenn den Wünschen der Ruhrzechen nicht entsprochen werde. Im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, das seine Gasleitung verkaufen soll, sollen bei der Ergänzung des Präsidiums von vornherein Persönlichkeiten aufgenommen worden sein, von denen man weiß, daß sie den Ab-

sichten der U.-G. für Kohleverwertung nicht im Wege stehen werden. Um den öffentlichen Einfluß im RWG möglichst unwirksam zu machen, wird die Stadt Düsseldorf in der führenden Bergwerkspresse dahin verächtigt, daß ihre RWG-Aktien aus Steuerergeldern beschafft, mit anderen Worten, von der Schwerindustrie selbst bezahlt worden seien. Und man hat im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk infolge der Personalunion zwischen U.-G. für Kohleverwertung und dem Präsidium des RWG, die Dinge soweit gehen lassen, daß man den Gasabnehmern des RWG eine Vertragserweiterung zugemutet hat, durch die die von der U.-G. für Kohleverwertung gewünschte Kohlenklausel von jenen dreißig bergischen Städten heute schon akzeptiert werden soll, die mit dem RWG Gaslieferungsverträge haben. Trotz aller Demenits aus Essen hat die ernsthaftige Presse schließlich doch daran festgehalten, und sie tat es wohl mit Recht, daß die ersten Gesellschaftsverträge der U.-G. für Kohleverwertung in der Tat eine Kohlenlieferperre für jede Konkurrenz vorseh und daß gegenüber der Stadt Köln, um die Gefahren aus der selbständigen Kohleverwertung der Städte zu dämpfen, vorläufig aber doch, gewisse Angebote gemacht worden sind.

Wo auf solche Weise ein Gasmonopol festgehalten wird, und wo solche Methoden üblich werden, befinden sich

### gesamtwirtschaftliche Interessen in Gefahr.

Das ist auch im Preussischen Landtag erkannt worden, der schon vor mehreren Monaten Beschlüsse gefaßt hat, die die Regierung zu einer aktiven Interessenahme in der Ferngasfrage zur Bohrung der kommunalen und Verbraucherinteressen verpflichteten. Seitdem aber ist der preussische Staat, insbesondere das preussische Handelsministerium untätig geblieben, und man hat noch immer nicht gehört, was die verantwortlichen Stellen in der Sache zu tun gedenken.

Eine Aeußerung des verantwortlichen Ministers Dr. Schreiber liegt vor. Er hat kürzlich erklärt, daß der Staat sich stark genug fühle, ein Monopol zu verhindern. Es wäre zweckmäßig, wenn der preussische Handelsminister demnächst erklären würde, im Haushaltsauskuß dürfte er dazu Gelegenheit haben, worin er seine Machtmittel erblickt.

In den nächsten Tagen soll über den Verkauf des RWG. Reges an die U.-G. für Kohleverwertung eine Entscheidung fallen. Für die U.-G. für Kohleverwertung ist eine Entscheidung in ihrem Sinne fast lebenswichtig. Es scheint uns notwendig, daß der preussische Handelsminister erklärt, ob er angesichts der öffentlichen Interessen flagrant verletzenden Methoden der U.-G. für Kohleverwertung einem derartigen Verkauf ohne weiteres zusehen oder ob er öffentliche Interessen schützende Klauseln ansetzen will.

Es scheint uns doch, daß nach den Erfahrungen die man im Rheinland und in Westfalen gemacht hat, die Besozungen und die Städte durch ihr Vorgehen in keiner Weise genügend geschützt sind, und daß es eine außerordentlich ernsthafte Frage ist, wie der Staat diesen ungenügenden Schutz gegenüber der Macht und den unterirdischen Einflüssen des Privatkapitals verhärtet will. Nirgends ist das Laissez-faire auf die Dauer so gefährlich, wie in der zentralisierten Gas- und Kraftwirtschaft. Bei der Kraftwirtschaft war es selbstverständlich, daß die öffentliche Hand sich den überwiegenden Einfluß gesichert hat, und es wäre abfalsch unverständlich und unverzeihlich, wenn man hinsichtlich der zentralisierten Gaswirtschaft in der preussischen Regierung weiter so zögern wollte, wie bisher.

### Eine kommunale Ferngasgesellschaft in Hessen

Die drei hessischen Provinzen sowie die Städte Darmstadt, Mainz, Worms und Biebrich haben sich zur einheitlichen öffentlichen Organisation der Ferngasversorgung mit dem hessischen Staat zusammengeschlossen und eine hessische kommunale Gasversorgungsgesellschaft („Hesoga“) gegründet. Wegen des Gasbezuges soll, wie gemeldet wird, die neue Gesellschaft sowohl mit der kürzlich gegründeten Südwestdeutschen Gas-U.-G. Frankfurt als auch mit der U.-G. für Kohleverwertung, Essen, in Verbindung stehen.

### Patient Ufa befindet sich wohl.

#### Erklärungen auf der Generalversammlung. — Neue Theater in Berlin.

Auf der Ufa-Generalsammlung gab es einige interessante Dinge zu hören. Das hervorstechendste war die große Sicherheit, mit der Hugenbergs Generaldirektor, Herr Klisch, Forderungen an den Staat erhob und sich über die Zukunft der Ufa äußerte. Letzteres konnte er relativ leicht, da er nach der gründlichen, von der Deutschen Bank mit schweren Opfern bezahlten finanziellen Sanierung noch nicht mit Laten, sondern nur mit Versprechungen aufzuwarten hatte und nachdem sich die noch unter dem Einfluß der Deutschen Bank durcgeführte Großfilmproduktion auch heute noch als das tragende Gerüst der Ufa erweist. Ueberraschend war die Feststellung, von der die Öffentlichkeit bisher noch nichts wußte, daß die Regierung sich für die Beseitigung der Lustbarkeitssteuer verpflichtet habe. (1) Wahrscheinlich ist das aber mehr Wunsch von Herrn Klisch, als Wirklichkeit. Ein Irrtum ist es sicher, wenn sich die Hugenbergverwaltung durch die Beseitigung der Lustbarkeitssteuer ähnliche Exporterfolge verspricht, wie sie Amerika heute erzielt. Herr Klisch sprach von 200 Millionen und mehr. Das ist schon ein phantastischer Optimismus.

Hinsichtlich der finanziellen Erfolge der für das letzte Sommerjahr natürlich keine Dividende verteilenden Ufa war Herr Klisch schon vorsichtiger. Verleih- und Theatergeschäft seien bisher oder beilebend gewesen. Am Lehnhiner Platz in Charlottenburg soll ein Theater mit 1800 Sitzplätzen, in der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln ein Theater mit 1200 Sitzplätzen eröffnet werden, am 15. August sollen die Lichtspiele im Café Vaterland wieder aufgemacht werden. In Hellbronn und Königswald wurden zwei große Theater gepachtet. Eigene Logergesellschaften sollen den Absatz nach Australien, Indien, Ostafrika, nach Süd- und Mittelamerika, Nord- und Südafrika und Vorderasien sicherstellen. Auch hier handelt es sich natürlich um Pläne für den Export, die ihren Wert erst beweisen müssen.

Die Amerikaverträge sind hinsichtlich der Abnahmepflicht von 50 Filmen nach Uebernahme von 15 Filmen aufgelöst worden, die

Verträge mit der Paramount und Metro-Goldwyn wurden auf vier Jahre bis 1932 verlängert und dahin geändert, daß die Paramount künftig nur noch amerikanische Filme und eine gewisse Anzahl der Ufa-Kulturfilme verleiht. Ebenso brauchen die aus den Paramountverträgen gelieferten Filme auf den Ufa-Theatern nur noch zu einem Drittel der Jahreswochen — statt bisher der Hälfte — gespielt zu werden.

Der Aufsichtsrat hat eine Verstärkung durch Hugenbergleute erfahren, die aus der früheren Verwaltung der Deulig-Film U.-G. kommen. Auch hier hat Herr Hugenberg nichts veräußert, durch die Hereinnahme von Herrn Dr. Sorge und Geheimrat Dr. Kuhl von den böperischen Metallindustriellen für eine weitere gute Verbindung mit den rechtsstehenden Kreisen der Industrie zu sorgen.

### Braunkohlenherren in Verlegenheit.

#### Wann veröffentlicht Herr Curtius das Gutachten?

Wir haben kürzlich die Mitteilung gebracht, daß der große Ausschuß des Reichstohlenrats und der Reichstohlenverband der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie auf Umwegen durch die Rückgewährung des Frühjahrserbates von 1 M. pro Zentner eine faktische Kohlenpreiserhöhung zugestanden haben, der auch der Reichswirtschaftsminister kein veto entgegenzusetzen hat. Wir haben heute sicheren Grund zu der Annahme, daß die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie deshalb keine allgemeine Preiserhöhungsanträge gestellt hat, weil sie sonst die Veröffentlichung des Schmalenbach-Gutachtens hätte hinnehmen müssen. Die Veröffentlichung dieses Gutachtens muß also für die mitteldeutschen Braunkohlenherren ein sehr saurer Apfel sein, und es müssen nicht nur recht interessante, sondern auch dem gesamtwirtschaftlichen Interesse zweifellos dienende Dinge sein, die in diesem Gutachten enthalten sind, wenn sich die Braunkohlenherren um einen so teuren Preis so bagegen wehren.

Selber ist es ausgeschlossen, daß man die Feststellungen dieses Gutachtens eine Privatangelegenheit zwischen dem Herrn Reichswirtschaftsminister und den Braunkohlenherren sein lassen darf, wie es offenbar die Absicht der Beteiligten ist. Wir müssen deshalb im öffentlichen Interesse unsere schon mehrfach ausgesprochene Forderung, daß das Gutachten zu veröffentlichen ist, auf das Nachdrücklichste wiederholen und fragen heute den Herrn Reichswirtschaftsminister, wann er dieser nicht nur von uns ausgesprochenen Forderung endlich entsprechen will. Kabinettspolitik in so wichtigen Dingen wie der eozentuellen Fehlorganisation einer staatlich kontrollierten Kohlenwirtschaft ist unerträglich.

### Die Konsumvereine im Januar.

#### Der gewöhnliche Rückgang nach dem Weihnachtsgeschäft. Sonst aufsteigende Entwicklung.

Die Wochenumsätze der 63 zur Monatsstatistik des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine berichtenden Konsumgenossenschaften sind wie alljährlich nach dem Weihnachtsgeschäft auch im Monat Januar 1928 zurückgegangen. Der Wochenumsatz pro Kopf sank von 9,54 auf 7,43 M. Der Vergleich mit dem Monat November 1927, dem gegenüber der wöchentliche Mitgliedsbeitrag im Januar noch um 0,57 M. gestiegen ist, zeigt die auch im Januar sich fortsetzende aufsteigende Entwicklung der Umsätze. Gegenüber dem Monat Januar 1927 ist in Jahresfrist eine Steigerung des Wochenumsatzes pro Mitglied um 1,57 M. zu verzeichnen.

### Gute Konjunktur für die Eisenindustrie.

#### Steigende Weltmarktpreise. — Auch Inlandsmarkt noch gut.

Wie der Stahlwerksverband, die Spigenorganisation der Eisenverbände, mitteilt, hat die Eisenkonjunktur im Februar durch große Auslandsaufträge neue Anregung erhalten. Auch die inländische Nachfrage war noch befriedigend und ist nur in Formweisen und schweren Oberbauteilen durch die Streckung der Reichsbahnaufräge ruhiger geworden. Wie stark der Export des Auslandes gestiegen ist, zeigt die Meldung des Stabelfenverbandes, daß die Nachfrage bei weitem das dem Verbands von den Werken zur Verfügung gestellte Material übersteigt.

Steigende Preise im Auslandsgeschäft bestätigt, wie der Stabelfenverband, auch die Bandellenvereinigung, deren Inlandsablage sich gleichfalls auf der Höhe des Vormonats hielt. Die Grobblechwerke erhielten durch die Belegung der ausländischen Schiffbauindustrie erneut größere Aufträge auf Schiffbleche. Da mit dem Ende der kalten Jahreszeit die Inlandsnachfrage, die auch in den Wintermonaten verhältnismäßig stark blieb, sich weiter erhöhen wird, so muß bei der offensichtlich starken Belegung der Auslandsmärkte die Lage der deutschen Eisenindustrie als sehr günstig bezeichnet werden.

Hohe Maschinendividenden in Mitteldeutschland. Während des Metallarbeiterkonflikts in Mitteldeutschland haben die Unternehmer nicht genug über ihre schlechte Lage und die mangelnde Rentabilität der Maschinenindustrie klagen können. Mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, der den Metallarbeitern gerade ein Drittel ihrer Forderungen auf eine Lohnverhöhung von 15 Pf. bewilligte, hat sich das Reichsarbeitsministerium dieser Bewusstseinsführung angeschlossen. Wie gut die Maschinenindustrie in Wirklichkeit verdient hat und wie leicht sie die Arbeiterforderungen hätte erfüllen können, zeigen erneut einige jetzt veröffentlichte Geschäftsabschlüsse. So hat die Verwaltung der Halleischen Maschinenfabrik, wie wir schon meldeten, ein 8prozente Dividende festgesetzt, die gleichfalls in Halle befindliche Maschinenfabrik Wegelin und Hübner weist einen Reingewinn von über 300 000 M. aus und zahlt, wie schon im vorigen Jahr, wieder 7 Proz. Dividende. Die Bitterer Werkzeugmaschinenfabrik in Leipzig hat sogar ihre Dividende von 7 auf 10 Proz. heraussetzen können. Jedes einzelne Werk verfügt dazu noch über große Auftragsbestände, so daß die Betriebe auf Monate hinaus voll beschäftigt sind. So sieht die Lage der mitteldeutschen Maschinenindustrie in Wirklichkeit aus.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten U.-G. erfährt eine Ausdehnung ihrer Tätigkeit. Sie wurde zusammen mit der Kreditbank der landwirtschaftlichen Arbeitgeber Thüringens, Weimar, und der Kreisparitätische Büchow auf Beschluß des Bankkreditausschusses in die Reihe jener Pächterkreditinstitute aufgenommen, die zur Verfertigung der landwirtschaftlichen Pächter mit Krediten zugelassen sind.

Die 15-Millionen-Mark-Anleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin, die ebenso, wie die kürzlich aufgelegte braunschweigische Staatsanleihe mit 8 Proz. verzinslich, mit 9 1/2 Proz. einzahlbar und als Staatsanleihe mündelbar ist, wird in der Zeit vom 5 bis 10. März zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Wir veröffentlichen in dieser Nummer die entsprechende Zeichnungsaufforderung.



## Der Siegeszug des Einheitsverbandes. Noch hat seinen Freunden eine böse Cuppe eingebracht.

Bei den Betriebsrätemahlen in der Eisenbahnverwaltung Leipzig erhielten der Einheitsverband 4302, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Christen) 108, der Allgemeine Eisenbahnerverband (Hirsch-Dunker) 253, der sozialistische Industrieverband 93 Stimmen. Trotz der offensichtlichen Wahlhilfe der Reichsbahnverwaltung für die Gegner des Einheitsverbandes hat dieser also in Leipzig glänzend abgeschnitten.

In Dresden erhielten der Einheitsverband bei den Betriebsrätemahlen 3251 Stimmen, die Christen 207, der sozialistische Industrieverband 24, die Hirsch-Dunker 18 und die Unorganisierten 35 Stimmen. Der Einheitsverband hat also 88 Proz. aller gültigen Stimmen auf seine Liste vereinigt. Von den 158 zu wählenden Betriebsräten entfallen auf den Einheitsverband 144; die Christen erhalten 10 und die Unorganisierten 4 Sitze. Besonders auffällig ist der Rückgang der kommunistisch-sozialistischen Stimmen.

München, 1. März. (Eigenbericht.)

Die am 25. und 26. Februar vorgenommenen Betriebsrätemahlen bei der Reichsbahn brachten dem Einheitsverband in Bayern einen glänzenden Sieg und dem christlichen Bayerischen Eisenbahnerverband eine unerwartete Niederlage. Von den in Bayern gegenwärtig vorhandenen 33 082 Wahlberechtigten gingen 32 306 zur Wahl, wobei 21 349 dem Einheitsverband ihre Stimme gaben. Die Christlichen erhielten lediglich 10 829 und der kommunistische Industrieverband nur 349 Stimmen. Mit 36 Betriebsräten hat der Einheitsverband ein Mandat gewonnen, während die Christlichen mit 18 Mandaten verlor. Dabei ist bemerkenswert, daß der Bayerische Eisenbahnerverband seine letzte Mehrheit, nämlich bei der Direktion Würzburg, einbüßte, die nunmehr auf den Einheitsverband übergegangen ist.

## Opfer der Rationalisierung. 81 733 Unfälle 1927 im Ruhrbergbau.

Wie vom Oberbergamt Dortmund mitgeteilt wird, beliefen sich die Gesamtschicksale im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirk Dortmund im Jahre 1927 auf 81 733, davon 784 tödlich. Im Vierteljahresdurchschnitt betrug die Zahl der Gesamtschicksale 20 433 (im Vierteljahresdurchschnitt 1926 18 318), das sind 55 357 Unfälle auf 1000 Beschäftigte (1926 51 544), davon tödlich 196 (1926 207), das sind 0,350 auf 1000 Beschäftigte.

## Bewegung auch im ober-schlesischen Bergbau. Um Lohn und Arbeitszeit.

Gleiwitz, 1. März.

Von den am Tarifvertrag für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau beteiligten fünf Arbeiterorganisationen ging dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie heute ein Scheitern zu, in dem die Vereinbarungen über die Verlängerung der Arbeitszeit im ober-schlesischen Bergbau zum 31. März 1928 gekündigt werden. Die Arbeiterorganisationen fordern Umwandlung der Stundenlohn der Überlagerarbeiter im Stein-

kohlen- und Erzbergbau sowie in den Nebetriebsstätten in Schichtlohn, siebenstündige Unterlagerarbeit, achtstündige Überlagerarbeit. Gleichzeitig erklärte der Arbeitgeberverband an die am Tarifvertrag beteiligten Organisationen ein Scheitern, in dem er unter Hinweis auf die Kündigungsschlichter zum 31. März den Manteltarif vom 20. Juli 1923 nebst sämtlichen Anlagen, soweit sie als Teile des Tarifvertrages anzusehen sind, kündigte.

## Moskau unten durch. Vorwärts zum Kampf!

Erfurt, 1. März. (Eigenbericht.)

In der Generalsammlung der Verwaltungsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Mittwochabend erfüllten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Während sie noch vor wenigen Jahren über die Mehrheit verfügten und selbst im Vorjahre nur mit 50 Stimmen in der Minderheit blieben, erhielten sie am Dienstag nur über 1200 abgegebenen Stimmen nur noch 301 Stimmen, während 800 Stimmen auf die Richtung Amsterdam entfielen.

Eine schwere Niederlage hielten sich die Kommunisten bei der Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M. Trotz eifriger Propaganda, bei der sie besonders gegen die Streikführung in Mitteldeutschland loszogen, erhielten sie nur 383 Stimmen; die Liste der Amsterdamer Richtung erhielt 824 Stimmen. Die Frankfurter Kommunisten hatten alles daran gesetzt, um diesmal in die Ortsverwaltung einzudringen. Nach der Abstimmung wurde beschlossen, das Lohnabkommen für den Groß-Frankfurter Bezirk zum 31. März zu kündigen.

## Schulenkündigung und Berufswahl. Der kaufmännische Beruf.

Bald verlassen wieder Tausende von Kindern die Schule, um sich dem Erwerbaleben zuzuwenden. Sie treten mit allerlei Erwartungen und Wünschen in das neue Leben ein. Vor allen Dingen haben sie den großen Wunsch, nicht nur einen Erwerb, sondern einen Beruf zu finden, dem sie sich mit Lust und Liebe widmen können. Diese werden durch die Berufsberatungsstellen Anreize zur richtigen Wahl erhalten oder sich von den Wünschen der Eltern und Verwandten lösen lassen. Auf jeden Fall werden die meisten Kinder und Eltern prüfen, ob der in Frage kommende Beruf auch für spätere Zeiten ein gutes Fortkommen bietet.

Eine große Zahl der Schulklassen wird sich auch dem kaufmännischen Beruf zuwenden wollen. Dieser Beruf hat wie jeder andere seine Vorzüge und seine Schattenseiten. Zu letzteren gehört besonders eine allzu ungenügende Lehrlingsausbildung in vielen Unternehmen. Die Eltern sind es daher ihren Kindern schuldig, bevor sie einen Lehrvertrag abschließen, sich bei der Stelle über die Verhältnisse in den Betrieben zu erkundigen, die die Dinge aus der Praxis genau kennt. Dies ist der Zentralverband der Angestellten, die gewerkschaftliche Organisation der kaufmännischen Angestellten. Er hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Lehrlinge und Lehrlinginnen zu vertreten. Er fordert in seinem sozialpolitischen Programm ausreichenden Lehrlings- und Jugendschutz, Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens und Sicherung einer guten, praktischen Berufsausbildung. Zu weiterer Auskunft ist die Berliner Ortsgruppe des Verbandes: Berlin SW. 68, Belle-Alliance-Str. 7/10, gern bereit.

## Einigung im böhmischen Bergbaukampf. Erhebliche Lohn erhöhungen, keine Arbeitszeitverlängerung.

Prag, 1. März. (Eigenbericht.)

In den Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks wurde heute spät abends im Arbeitsministerium eine Einigung auf folgender Basis erzielt: Hauer erhalten eine Lohnhöhung um 5 Proz., die Löhne der Regearbeiter werden in der niedrigsten Kategorie um 6, in den mittleren Kategorien um 5½ Proz. und in den höchsten Lohnstufen um 5 Proz. erhöht. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit, Ueberstunden usw. bleiben unverändert. Die Unternehmer haben also ihre Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit nicht durchgesetzt. Weiter wird eine einmalige Lohnzulage ausgezahlt, die 60 bis 100 Kronen beträgt. Morgen vormittag wird ein Redaktionskomitee die endgültige Formulierung des neuen Vertrages vornehmen, der dann nachmittags in einer Schlichtung von den Unterhändlern unterzeichnet werden wird.

## Kündigung in der Solinger Metallindustrie.

Sollingen, 1. März.

In der heutigen Nacht ist nach siebenstündiger Verhandlung das Lohn- und Arbeitszeitabkommen der Solinger Metallindustrie von den Gewerkschaften zum 31. März gekündigt worden. Die vorangegangenen Verhandlungen hatten den Zweck, ein neues Abkommen ohne Kündigung zustande zu bringen, was aber nicht gelungen ist. Das Angebot des Arbeitgeberverbandes sah eine dreiprozentige Erhöhung des Tariflohnes vor, während vom Deutschen Metallarbeiterverband eine Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfennig gefordert wurde.

## Ruf des Saargebiets.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat an das Auswärtige Amt, das Reichswehr- und das Reichsarbeitsministerium ein Telegramm gerichtet, in dem sie mitteilt, daß die französische Grubenverwaltung die angebotene Massenentlassung — in Frage kommen 400 Bergleute — durchführt und um geeignete Gegenmaßnahmen bittet. Nach Erklärung der Grubenverwaltung erübrigt sich die Massenentlassung, wenn Deutschland über das bisherige Kontingent 100 000 Tonnen Kohle mehr abnimmt. Auch das Zentrum des Saargebietes hat ein ähnliches Telegramm an die Reichsregierung gerichtet.

Die Feste Johann Deimelsberg in Etzels wird nicht stattfinden. Der Ausschuss für Handel und Gewerbe des Preussischen Landtags hat gegen die Stimmen der Kommunisten (1) beschlossen, daß Braußen zusammen mit der Reichsregierung und dem Reichslohnwirtschaftsrat sich beim Ruhrkohlenlandrat für eine günstigere Festsetzung der Syndikatsumlagen und des Kohlenpreises der Zeche und für eine Erhöhung der Belegschaftsziffer entsprechend der Förderfähigkeit einsetzen soll. Ferner soll Deimelsberg ein norddeutsches unverzinsliches Kredit gewährt werden.

## Musikaufträge

übernimmt man mit dem Ratgeber des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rosenb. Mittelstr. 63/64, Dönhof 227-73, Schreibzettel 9-3 Samstags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch

## Zeichnungsaufforderung

nom. RM 15 000 000,-

8% Anleihe

## Des Freistaates Mecklenburg-Schwerin

auf Feingoldbasis — rückzahlbar nicht vor 1. März 1933, eingeteilt in Stücke zu RM 2000,-, 1000,-, 500,-, 100,-.

— Reichsmündelsicher —

Der Freistaat Mecklenburg-Schwerin gibt eine auf den Inhaber lautende Anleihe von RM 15 000 000

Der Geld der Anleihe wird teilweise des Freistaates Mecklenburg-Schwerin außer zur Abdeckung kurzfristiger Verbindlichkeiten in der Hauptsache zu vorbenannten Zwecken, besonders Rekonstruktionen und Erhaltungsbauten verwendet. Die Anleihe ist mit 8% verzinlicht und wird mit jährlich am 1. März und 1. September fälligen Zinsausbezügen versehen. Der erste Zinsausbezug ist am 1. September 1928 fällig. Die Einlösung der Anleihe erfolgt durch die Rückzahlung gelangender Schuldverschreibungen erfolgt außer bei der Einzahlung der Stücke zu Schwerin, bei den unterzeichneten Banken und Banfilialen, sowie deren sämtlichen Niederlassungen.

Die Laufzeit der Anleihe beträgt 30 Jahre. Die planmäßige Tilgung, die durch Auslösung zum Nennwert oder Rückzahlung zu erfolgen hat, ist im Jahre 1932 mit erstmaliger Rückzahlung auf den 1. März 1933 ein und zwar werden jährlich 1/10% des ursprünglichen Anleihebetrags zusätzlich der erparten Zinsen entrichtet. Der Staat hat das Recht, vom 1. März 1933 ab jederzeit eine Gesamtamortisation der Anleihe vorzunehmen bzw. die Tilgung durch freiwilligen Rückkauf zu erleichtern.

Kapital und Zinsen werden bei Fälligkeit in gesetzlichen Zahlungsmitteln gezahlt. Für jede erhaltene Reichsmark ist der in Reichsschulden ausgedrückte Betrag von 1000 kg Feingold zu zahlen. Dieser Betrag ist bei der Ausgabe der Anleihe nach dem Mittelkurs der Berliner Börse auf Grund der amtlichen Notierung des 10. Werttages vor dem Tage der Fälligkeit. Ergibt sich aus dieser Umrechnung für das kg Feingold ein Betrag von nicht mehr als RM 2000,- und nicht weniger als RM 1750,-, so ist für jede erhaltene Reichsmark eine Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen.

Die Einlösung der Anleihe an der Berliner und Hamburger Börsen wird sobald als möglich beantragt werden.

Die unterzeichneten Banken und Banfilialen legen hiermit die obengeschilderten

RM 15 000 000,- 8% Anleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin

unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung an:

Zeichnungen werden in der Zeit vom 5. bis 10. März d. J. einschließlich bei den unterzeichneten Banken und Banfilialen sowie ihren sämtlichen Niederlassungen während der üblichen Geschäftszeiten entgegengenommen. Zeichnungsgeldleistungen auf Gültigkeit mit gleichzeitiger Covertverpflichtung werden vorzugsweise berücksichtigt. Jeder Zeichner behält sich das Recht vor, die Zeichnung bis zum Erscheinen einer jeden Zeichnungsliste überlassen. Die Zeichnungsliste lautet:

94 3/4 0/0

auswärtig Börsennotierung

Die Zeichnung der angezeigten Beträge hat in der Zeit vom 15. März bis 15. April d. J. unter Einwirkung von 8% Zinsen vom 1. März d. J. bis zum Einzahlungstermin zu erfolgen.

Die Zeichner erhalten zunächst Bescheinigungen, gegen deren Rückgabe die Ausgabe der endgültigen Stücke nach deren Fertigstellung erfolgt.

Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden als dies mit dem Interesse der übrigen Zeichner vereinbar erscheint.

Berlin, Hamburg, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Garmisch, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Osnabrück, Schwerin im März 1928.

Gebr. Arnhold, Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, J. Dresfus & Co., Hardy & Co. S. m. b. H., H. G. Woffermann, E. Heimann, Bayer & Heinz, Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Deutsche Effekten- und Wechsel-Bank, Lazard Spener-Elissen, Joh. Berenberg, Gohler & Co., Zweiganstalt Hamburg der Girozentrale Hannover, Girozentrale Hannover, Deutsche Bankanstalt, Ephraim Meyer & Sohn, Straus & Co., Osnabrücker Bank, Girozentrale für Mecklenburg, Zweigstelle der Girozentrale Hannover.

Nach erfolgtem Umbau

# Eröffnung

am Sonnabend, den 3. März

Unsere Kundschaft wünscht es so

Die prächtigen modernen Verkaufsräume unserer Charlottenburger Filiale müssen Sie sehen!

## Auf Teilzahlung

Komplette Wohnungs-Einrichtungen Einzel-Möbel • Gardinen • Teppiche Herren-, Damen-, Kinder-Bekleidung zu niedrigen Preisen und zu noch bequemeren Zahlungsbedingungen

Kurzum das Kaufen wird Ihnen hier zur Freude!

Jeder Käufer erhält ein schönes Eröffnungsgeschenk!

Gebühren- und Vergrößerung unserer Geschäftsräume.

# Jeder

Chlbgr. statt Scharrenstr. 5  
jetzt Wilmersdorfer-Str. 165  
Ecke Scharrenstr., am Wilhelmplatz







Heute beginnt unser

# EINHEITSPREIS VERKAUF

95<sup>3</sup>

1.90

2.85

4.50

# NETZ





# Der Landbund hat versagt!

## Abrechnung mit der deutschnationalen Agrarpolitik.

Im Reichstag gab es gestern die Fortsetzung der Ernährungsdebatte. Es liegt ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen Schiele vor.

**Hg. Dietrich-Weiden (Dem.)** bezeichnet das Kreditproblem als das Kernproblem der jetzigen landwirtschaftlichen Krise. Ein jährlicher Aufwand von 200 Millionen würde nötig sein, wenn man das Kreditproblem lösen will. Der von der Regierung eingeschlagene Weg einer Teillösung ist sehr bedenklich. Die Regierungsvorlage läuft darauf hinaus, daß die Rentenbank zu einem Konkurrenzunternehmen der Preußischen Bank bei der Kreditgewährung an die Genossenschaften gemacht werden soll. Damit würde die Lösung des Kreditproblems nur erschwert. Es würde sich der Parteikampf auch auf das Kreditwesen ausdehnen. Die steuerliche Ungleichheit in der Landwirtschaft wird nicht aufgehoben, ehe nicht der Unterschied aufgehoben wird zwischen den buchführenden und den nicht buchführenden Landwirten. Bei der Siedlung auf zerstückelten Grundstücken kann man auch größere Bauern mit 100 bis 200 Morgen anstellen. Wenn der Osten nicht durch den west- und süddeutschen Bauern erobert wird, dann wird der Osten an Polen verloren gehen.

**Hg. Vuh (Komm.)** meint, die Hauptursache der Not der Landwirtschaft sei die geringe Kaufkraft der Bevölkerung neben den hohen Gewinnen des Zwischenhandels.

**Hg. Aling (Barr. Bauernbund)** bezeichnet die Aufhebung des zollfreien Getreidekontingents als notwendig. Im übrigen sei das Notprogramm für die Not. Mit Krediten sei den armen Bauern nicht mehr zu helfen.

**Hg. Kube (Wast der Not-Soz.)** erklärt, der Dames-Plan sei an allem schuld.

**Hg. Weidenhöfer (Woll.)** schließt sich dem Vordrucker an.

**Hg. Seiffert (Volksrechtspartei)** sieht eine der Hauptursachen der mangelnden Kreditfähigkeit der Landwirte in der Aufwertungsgelegenheit.

**Hg. Döberich (Christlich-nationale Bauernpartei)** erklärt, alle Kombinationen über die Entschuldigungsverhältnisse seiner Partei seien müßig. Die aus der Not des Bauernstandes geborene Bauernpartei sei nun einmal da und sie werde weiter wachsen. Dem Notprogramm der Regierung werde die Christlich-nationale Bauernpartei zustimmen.

Reichsernährungsminister **Schiele** begrüßt die Objektivität, mit der der sozialdemokratische **Hg. Tempel** das Regierungsprogramm behandelt habe. Seine Forderung der Aufhebung der Futtermittelzölle habe er aber mit Zahlen begründet, die heute nicht mehr zuträfen. Die Rentenbank sei nur ein Institut für die bestehenden landwirtschaftlichen Kreditinstitute. Es sei nicht richtig, daß der Kredit der Rentenbank vorwiegend dem Großgrundbesitz zugute komme. Der Minister sucht dies zahlenmäßig nachzuweisen. Das Kriegerprogramm der Sozialdemokratie erkläre zwar, daß die sozialistische Gesellschaft den Bauern ihr Eigentum sichert; aber der sozialdemokratische Agrarfachverständige **Dr. Bode** und auch **Dr. Hifferding** hätten doch eine Definition dafür gegeben, nach der die Sozialdemokratie den Bauern nur ein fiktives Eigentum lassen wolle.

### Hg. Schmidt-Berlin (Soz.)

Einer der Redner des Hauses hat erklärt, er habe nun schon vier Jahre lang ständig die Klagen über die Landwirtschaft gehört und es sei nie anders geworden. Ich kann Ihnen sagen; ich habe eine noch viel längere Erfahrung. Ich bin seit 1893 Mitglied des Reichstages und habe in jedem Jahre die Klagen über die Not der Landwirtschaft gehört, einmal in schlafterer, einmal in etwas gedämpfterer Tonart. Es war immer wieder dasselbe. Wenn ein Redner hier im Hause erklärt hat, so schlimm wie gegenwärtig sei es in der Landwirtschaft noch nie gewesen und so heftige Anklagen seien noch nie von der Landwirtschaft erhoben worden, so kann ich Ihnen auch aus meiner Erfahrung sagen; ich habe die Periode des Reichstages **Caprioli** hier mitgemacht und weiß, daß damals auch sehr kräftige Töne hier laut geworden sind. Damals war es bekanntlich einer der Führer des Bundes der Landwirte, der im Zirkus Busch die sehr schöne Bemerkung machte: Die Minister können uns sonst was, (Heiterkeit und Zurufe.) Also es ist immer dasselbe. Ob die Herren nun eine monarchische oder republikanische Regierung vor sich haben, sie sind immer unfähig und wenden sich gegen eine nach ihrer Meinung nicht genügende Berücksichtigung ihrer Wünsche.

### Herr Minister, was haben Sie getan?

Eigenartig ist es ja, daß wir die Klagen jetzt in einer Zeit hören, in der länger als ein Jahr ein deutschnationaler Minister an der Spitze des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft steht. Es ist aber auch sehr interessant, daß auf der Landbundsversammlung niemand gefragt hat: Herr Minister, was haben Sie denn eigentlich für ein Programm und was haben Sie während Ihrer Amtsdauer für die Landwirtschaft getan? Herr Schiele hat dabei die sehr geschickte Taktik befolgt, sich unter die Menge der Varnenden und Schreitenden zu mischen, und hat mitgeschrien. (Große Heiterkeit.) Die Herren vom Landbund haben sich dann gesagt: na, wenn er schreit, dann gehört er zu uns! (Erneute Heiterkeit.) Und so ist denn der große Appell an den Landwirtschaftsminister im Reich vorübergegangen, und der Stroh hat sich gegen das preussische Landwirtschaftsministerium gerichtet.

Interessant ist dabei wieder folgendes: Der Herr Minister, der im Ausschuss seinen Etat zu vertreten hatte, hat dort von einem Notprogramm in diesem Ausmaß nichts gesprochen. (Hört, hört! links.) Es beurteilt erst das Anstehen des Landbundes (Sehr wahr! links), um ihn in die richtige Position zu bringen und die Forderungen zu stellen, die er jetzt als besondere in den Etat einsehen will. So ist das Notprogramm zustande gekommen, von dem wir über seine Ausführung und praktische Durchführung recht wenig gehört haben, und gerade darauf wird es im wesentlichen ankommen.

### Wie war es mit den Krediten?

Ich habe mir aber auch einmal vergegenwärtigt: was ist denn nun gerade in den letzten Jahren zur Hilfe für die Landwirtschaft bereitgestellt worden? 1924 haben wir die großen Kredite bewilligt, im Anschluß daran die nicht unerheblichen Wechselkredite, und als die Wechsel zurückgezahlt werden sollten, da kamen die Herren im Ausschuss des Reichstages, dieselben Herren, die damals die Kredite befürwortet und jeden als einen Feind der Landwirtschaft bezeichnet hatten, der nicht für diese Kredite eintrat, und sagten nunmehr: das hat keinen Zweck mit den Krediten; die Bauern kennen überhaupt nicht die Bedeutung des Wechsels, wir haben sie ja geradezu irreführt, wir haben sie leichtfertigerweise dazu verleitet, Kredite aufzunehmen die im Einzelfall für den Betroffenen sehr bedenklich waren; es sei ratsam, daß der Bauer seine Finger davon lasse. Da muß ich sagen: wenn die Herren als Freunde der Landwirtschaft so wenig weltbildendes Urteil haben, nicht schon vorher zu wissen, daß sich eine solche Maßnahme

nicht zugunsten der Landwirtschaft auswirken kann, so ist das ein Vermiszeugnis Ihrer ganzen Theorie und Ihrer ganzen Vorschläge. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das ist nun der Weg gewesen, den man damals einschlug und der mit großer Klamme draußen in der Öffentlichkeit als eine Hilfsaktion für die Landwirtschaft bezeichnet wurde. Heute schweigt man darüber heute erklärt ein Redner nach dem anderen im Ausschuss und hier im Plenum: nur keine Kredite, sondern Subventionen! Das ist das einzig Richtige! Und höhere Preise für die Landwirtschaft!

### Die Roggenrentenbank — ein Geschäft der Eugenberge!

In diesem Zusammenhang noch eine andere Frage, die Frage der Roggenrentenbank! Die Herren haben sich vielfach über die ungeheure Last beklagt, die damals durch die Ausgabe von Roggenrentenpfandbriefen für die einzelnen, die sie in Besitz nehmen mußten, durch Aufnahme von Hypotheken entstanden sei. Unzweifelhaft war diese Belastung außerordentlich hart. Wir brauchen uns nur daran zu erinnern, daß damals die Roggenrentenbank bei der Umwechslung 18 Proz. in Abzug brachte und außerdem Spesen bei der Umwandlung dieser Pfandbriefe in Roggenhypotheken. Dazu kam noch eine ganz eigenartige und schwere Belastung, die dahin ging, daß der Besitzer einer solchen Hypothek bei Ablösung der Hypothek abermals noch 10 Proz. Spesen zu zahlen hatte. Nun frage ich: wer sind denn die Herren in der Roggenrentenbank, die eine solche Geschäftspraxis geübt haben? Und da finde ich in dem Ausschuss folgende Herren:

Herrmann Dietrich, ehemaliger Leiter der Raiffeisenbank, Dr. Alfred Hugenberg, Reichsminister Dr. v. Keudell

und einige andere Freunde aus dem Bankiergewerbe, die in naher Beziehung zu Herrn Hugenberg stehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Und die Tatsache möchte ich noch bei dieser Gelegenheit unterstreichen,

daß vier Vorstandsmitglieder, die der Deutschnationalen Partei angehören, in dieser Bank im Jahre 1926 an Zinsen 300 000 Mark bekommen haben. (Lebhafte Rufe von den Soz.: Hört, hört! — Stürmische Rufe von den Komm.: Hört, ihr Bauern!)

So sieht in der Praxis die Sache aus, wenn man etwas näher hinsieht; daß aus der Not der Landwirtschaft ein Geschäft gemacht wird. (Stürmische Zustimmung links.)

### Was die Agrarier schon geschuldet haben.

Es ist doch sehr notwendig, daß wir uns einmal klar werden, welche großen Summen denn der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind. Ich zitiere hier aus einer Broschüre: „Landbundarbeit auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Politik“, herausgegeben 1925 vom Landbund Mecklenburg-Schwerin. Da sind folgende Subventionen aufgeführt:

Reisenmarktkredite 670 Millionen Mark, Auswanderungskredite 20 Millionen Mark, Erntekredite 200 Millionen, Meliorationskredite 20 Millionen, Kredite für Kraftpflüge 13 Millionen, Wechselkredite 170 Millionen.

Das ist eine Summe, die von dem Verfasser dieses Wertes sehr lobend hervorgehoben wurde, und das mit Recht, denn es ist hier doch eine sehr starke Subvention für die Landwirtschaft eingetreten, ohne daß wir allerdings auf der anderen Seite einen dauernden Erfolg zu verzeichnen haben.

### Subventionen, Subventionen! — Aber wer soll zahlen?

Heute wünschen die Herren keine Kredite, sondern Subventionen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Landwirtschaft nicht weiter verschuldet werden darf. Aber da möchten wir doch einmal auf die Subventionspolitik der letzten Jahre hinweisen. Wir haben subventioniert die Industrie, das Handwerk, den Handel, die Winzer, die Landwirtschaft und alle diese Berufsstände fragen zu gleicher Zeit über die erdrückenden Steuern. Da muß man sich denn doch fragen, wer dem Staat die Mittel geben soll, um die Subventionen zu ermöglichen! (Sehr richtig! bei den Soz.) Man kommt auf diese Weise zu jener Politik, die die Hauptlasten auf die Kreise der Minderbemittelten abwälzt. Das ist aber auf die Dauer für die Schichten der ärmeren Bevölkerung untragbar. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir haben in Deutschland eine Arbeitslosigkeit in dem heutigen Umfange früher nie gekannt. In der Kriegerversicherung sind heute und älter von 40 bis 45 Jahren, ein Beweis dafür, daß sie in der Großindustrie keine Beschäftigung und kein Unterkommen mehr finden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was bedeutet das für ein Verschlag der sicheren Grundtagen der Existenz! Was heißt es für einen Arbeiter, ein Jahr lang und noch länger arbeitslos zu sein! (Sehr wahr! bei den Soz.) Was bedeutet es, wenn Leute wie jetzt im Reichgebiet einschließlich des Ganges zur Arbeit zwoölf, dreizehn und vierzehn Stunden täglich mit der Arbeit unterwegs sind! Das ist eine ungeheure Belastung, wie sie kein anderer Berufsstand in diesem Ausmaß zu tragen hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Andere Arbeiter sind viel zu ruhig und geduldig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Sie sich diese Situation des Glatts und des Jammers vorstellen, so werden Sie zugeben müssen, daß das ein Zustand ist, an den die Not in der Landwirtschaft nicht heranreicht. Die Rücksichtslosigkeit der heutigen kapitalistischen Organisation und der heutigen kapitalistischen Gesellschaft bringt diese Verhältnisse hervor und zeigt uns, wo Klagen zu erheben sind und wo sie vielmehr berechtigt sind, als mancher für seine Berufssicht glaubt.

### Die Preisfrage.

Was die Preise anbelangt, so ergibt sich nach den Indizeszahlen aus Wirtschaft und Statistik, für pflanzliche Nahrungsmittel eine Position, die den Kleinern und mittleren Betrieben eine erhebliche Einnahmequelle erschließt. Die Indizeszahlen für landwirtschaftliche Maschinen und Ackergeräte sind im Vergleich zu den Indizeszahlen dieser landwirtschaftlichen Produkte verhältnismäßig niedrig. Auch im Vergleich zur Vorkriegszeit ist das Verhältnis nicht ungünstig. Eine Ausnahme machen lediglich die Viehpreise. Aber hier könnte auch die Vollbeschäftigung nichts ändern. Die Schwierigkeit der gesamten Situation erklärt sich lediglich aus den hohen Zinsen.

Wenn man allerdings die Preise berücksichtigt, die der Konsument bezahlen muß, so kommt man zu einer außergewöhnlichen Spanne, und man muß sich mit der Frage beschäftigen, wie eine Gleichmäßigkeit der Preise und ein Preis erreicht werden kann, der auch innerlich volkswirtschaftlich als gerechtfertigt angesehen werden kann. Wenn man zu einer Preispolitik kommen will, die eine gesunde Grundlage darstellt, dann gibt es in einem Staat wie dem

unserigen keine andere Lösung als die, die Preisgestaltung durch ein Getreidemonopol in der Hand zu halten und diese Lösung würde auch im Interesse der Landwirtschaft, vor allem der Kleinbesitzer liegen. Auf dem Viehmarkt liegen die Dinge ähnlich. Ich sehe gar keinen anderen Weg, als daß Sie sich hier streng an die genossenschaftlichen Organisationen halten. Das ist aber ein sehr langer und schwieriger Weg, besonders wenn die eigene Initiative der Landwirte nicht mithilft und dafür sorgt, daß die Dinge sich bessern.

### Der Landbund hat versagt!

Vollständig fehlt diese private Initiative im Reichslandbund; denn der Reichslandbund ist leider eine strikte Propagandagesellschaft der Deutschnationalen und der Wölkischen geworden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn das eine Organisation wäre, die ihre Interessen rein wirtschaftlich und abseits von allen politischen Strömungen verfolgte, dann würde sie sehr viel mehr Gewicht und Ansehen finden, als in der Gefolgschaft der Deutschnationalen und Wölkischen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Organisation, die auf ihrer letzten Tagung sich für die Forderung der Befreiung, die in ihrer ganzen Stellung zur Republik und zum gegenwärtigen Staat eine Kampfstellung einnimmt, findet keine Achtung und kein Ansehen in den Kreisen der Republikaner und kann ihre wirtschaftlichen Aufgaben nicht lösen, wie es eine wirkliche Wirtschaftsorganisation als ihre Aufgabe betrachten muß. Eine Wirtschaftsorganisation ohne politische Einstellung mit sachlichem Material zur Beurteilung der Lage der Landwirtschaft wäre die Aufgabe eines Bundes der Landwirte. Nun geht das Programm des Herrn Ministers auch auf die Vereinheitlichung der Genossenschaften, eine außerordentlich erhellende Aufgabe, die er sich hier stellt. Da sage ich aber wieder: Ist es nicht für den Reichslandbund beschämend, daß er die Aufgabe nicht fertig bringt, eine einheitliche Organisation der Genossenschaften zu propagieren und durchzuführen? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich darf eine ohne Ueberhebung sagen. Sehen Sie sich doch unsere Organisationen in der Arbeitererschaft, die Genossenschaften, die Konsumvereine an, die große Aufgaben in verhältnismäßig kurzer Zeit durch die Aufbringung von Millionen von Mitteln gelöst haben! Wie erklärt sich dieser große Gegensatz, daß in einem so gebrängten Wirtschaftsberuf nicht dieselben Aufgaben Anlauf finden, die in der Arbeitererschaft die großen Erfolge gezeigt haben? Die Erklärung ist sehr einfach. Wir haben in der Arbeitererschaft auch nicht von Anfang an die Sympathie und die Begeisterung für die Genossenschafts- und die Konsumbewegung gefunden. Aber durch andauernde Erziehung, durch den wiederholten Hinweis auf die Bedeutung dieser Aufgaben haben wir die Arbeitererschaft dazu gebracht, daß sie ihre geringen Mittel zu dem gemeinsamen Aufbau der genossenschaftlichen Organisation zusammenbrachte. Das wäre eine Aufgabe für den Landbund. Wenn er aber heute von der Regierung Millionen zur Unterstützung für seine Aufgaben haben muß, so hat er meiner Ansicht nach keine Aufgabe vollständig verfehlt, konnte er seine Aufgabe nicht lösen, weil ihm die Initiative für diese großen wirtschaftlichen Aufgaben vollständig fehlte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Erziehungsbewegung des Reichslandbundes ist keine andere als die, das Treiben des Stahlschmelzens und ähnlicher Körperkulturen zu unterstützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Kein organisatorisches Schaffen im volkswirtschaftlichen Interesse, nur Ausstoßen im Wüten politischer Propaganda, ein Herabzurren, ein Nichtachten der Menschen, wenn sie sich nicht in gleicher Geminnung auf das tiefe Niveau dieser politischen und kulturellen Einstellung begeben.

Diese Methode ruft keine schöpferische Kraft hervor. Sie verfinstert in den Schlafmüden wüster Treibereien und führt zu einer geistigen und politischen Entartung. Deshalb wird sich die Landwirtschaft nicht durch eine Stütze aus Staatsmitteln von ihrem Druck befreien. Sie muß selbst Hand ans Werk legen. Wird der Weg nicht beschritten, daß mit der gegenwärtigen Hilfe auch zugleich die Basis einer dauernden gefunden Entwicklung gefunden wird, dann sind alle Mühen umsonst. Wie werden deshalb das Notprogramm sehr genau prüfen und, was in unseren Kräften steht, verhindern, daß aus dem Notprogramm ein Geschäftsprogramm wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Um 17¼ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 14 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht weiter der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

### Kommunistentheater im Landtag.

#### Demagogienpolitik um das Bergwerksglück auf Zeche Ewald.

Der Vorkommisrat des Landtags hat heute das Arbeitsprogramm für den Rest der Legislaturperiode festgelegt. Es ist groß genug: Es sollen nach erledigt werden der gesamte Etat, sämtliche Eingemeindungsgeleise, das Städtebaugesetz, der Stellenplan und sämtliche Beamtenbesoldungsfragen, sämtliche Hochwasserschutzvorlagen usw. uvm. Natürlich wird sich dieses Programm nur durchführen lassen, wenn die Redefreiheit aufs äußerste beschränkt wird und der Landtag sich mit starker Energie auf die Erledigung der praktischen Gesetzgebungsarbeit einstellt.

Aber für die heutige Sitzung gellen die neu festgelegten Regeln noch nicht, und so wurde sie reiflos verschwaht.

Im Anschluß an die Beilebende des Präsidenten für die Opfer des Bergwerksglücks auf Zeche Ewald bei Redinghausen beantragten die Kommunisten die Herbeiführung des Handelsministers. Kein Hinweis darauf, daß der Minister über die Ursachen des Unglücks in diesem Augenblick auch noch nichts wisse, und daß mit einer turbulenten Debatte weder den Toten Gerechtigkeit verschafft noch für die Lebenden etwas Gutes getan würde, konnte sie von ihrem lärmenden Verlangen abbringen. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt.

Nachdem die Sozialdemokraten vorschlugen, eine Anfrage, die sie zu dieser Katastrophe eingebracht hatten, sofort dem zuständigen Ausschuss zu überweisen, damit dort die Schuldfrage gründlich geklärt und dem Hause ein entsprechender Vorschlag gemacht werden konnte, waren es die Kommunisten, die widersprachen und damit verhinderten, daß die Angelegenheit dieses Unglücks überhaupt zur Verhandlung kommen konnte. Es ist ein hartes, aber nicht unrichtiges Wort, das der Zentrumschaftsdirektor **Hartig** den lurchbar entrüsteten Kommunisten zurief: „Sie machen mit den toten Bergarbeitern Theater!“

Damals entfesselte bei der dritten Lesung eines Renten- und Kreditgesetzes, die debattelos verabschiedet werden sollte, der Volksparteier **Stendel** eine große Siedlungsdebatte, indem







## Die Bergstraße.

Von Thea Reimann.

Man baut diese Bergstraße zum Luxus. In einer der schönsten und berühmtesten Szenerien der italienischen Alpen, am Ufer eines dunkelblauen Bergsees, weiter für weiter dem Fels abzwingend. Sie führt augenblicklich bis in einen kleinen romantischen Ort, der schon von den Fremden entdeckt ist. An derthalb Wegstunde weiter liegt die Siedlung der Arbeiter. Einige armselige Hütten waren es ursprünglich, am Fuße eines Gebirgspasses. Und das letzte Wirtschaftsbaracken da, mit kleinen quadratischen Fenstern. Darin haufen sie.

Man baut diese Straße zum Luxus. Für die großen Tourenwagen der Fremden, die von Norden kommen, aus Bändern mit einer stärkeren Palata. Die wirtschaftliche Bedeutung der Straße ist gering. Für Handel und Verkehr genügt die Dampferverbindung.

In dieser Straße arbeiten 350 Arbeiter. Außerdem sind eine Anzahl Monteure da. Und einige junge Männer mit Sportmützen und schiden Kniederbockers (wenn auch nur aus Manchester): die Aufseher.

Die technische Leitung haben zwei Ingenieure, die in hübschen rotlackierten Automobilen die Gegend und die Herzen der Mädchen unsicher machen.

Die Arbeiterschaft besteht aus ehemaligen Sträflingen, die noch unter polizeilicher Aufsicht stehen, und Arbeitlosen aus allen Gegenden Italiens. Da sind bronzefarbene Sizilianer, harte Beroniker, runde Neapolitaner. Alle Dialekte der Apenninhalbinsel sind vertreten.

Auch Leute aus der Umgegend arbeiten mit. Familienväter, die die Handarbeit allein nicht nährt. 18 Lire Tageslohn (4,50 Mark) sind besser als nichts.

Tagsüber wird gehacht, gekaufelt, gekostert. Gegen Abend bräunen die Sprengschüsse über den See und geben von den Felswänden des anderen Ufers vielfaches Echo. Und die Frauen und Kinder in all den kleinen Orten am See lauschen bang. Nachts dann wird Steingeröll aus den Tunneln geschafft und mit Boris in den See gekippt. Rast mit seltsamen Versteinerungen von Fischen und Reifenschnedenhäusern, gelbbraunes Urgestein und Wägen roter Karmor, der nicht edel genug ist, um verarbeitet zu werden. Nachtschicht wird nicht anders als Tagschicht bezahlt.

Kranke zieht ein Beichenzug durch die engen Gassen des kleinen Ortes, den schon die Fremden entdecken, hinauf zur Kirche. Die hundert Stufen, abends, wenn sanft der Mond über dem Berge steht. Gespenstisch flackern die Kerzen im Winde und zeichnen hüpfende Schatten auf die Gemäuer der Priester und auf die breiten roten Schultertragen der Kompagnie der Allerheiligsten. Die Weiber plärren ihre Vitonen.

Und 349 Straßenarbeiter folgen langsam, als schleppen sie Felsblöcke auf ihren Schultern, dem schwarz und silbern verhangenen Garg und murmeln dumpf die Kriege steifen. Sie starren in ihre Kerzen und merken nicht, daß das Wachs über ihre schweißigen Häute rinnt.

Wen wird es als nächstes treffen?  
Kriege steifen...  
Am nächsten Morgen tritt ein Neuser an.

In dem kleinen Wirtschaftsbaracken, dem letzten für den, der bergwärts wandert, ist Betrieb. Karten werden auf den Tisch gestreut. Klippig Kraken. Ein Stuhl wird umgestoßen. Ein Messer blüht auf. Ein Kerl fällt um wie ein Baum, mit dem Todesgedrüll eines Stieres.

Stille. — Dann bricht der Sturm los. Schon klirren die Fahrradklingeln der Karabinkeri.

Der Messerheld wird abgeführt. Der andere kommt ins Spital, zu den frommen Schwestern.

„Ist er tot?“ fragt der Befehlshaber den Jungen in der feinen Karabinkeriuniform.  
„Nein, er lebt noch.“  
„Schade...“  
„Warum?“  
„Nun wird er mich umbringen, wenn ich aus dem Ritzchen komme...“

Einmal kam ich spät abends aus den Bergen an das Wirtschaftsbaracken, todmüde, erschöpft. Ich trat ein und stand gebelnd. Überall Licht, improvisierte Bettungen, vielstellige Glühbirnen. Man will doch nicht im Dunkeln sitzen, zum Donner! Und lange Tafeln mit strahlendweißen Tischdecken. In sauberen, blühblanken Tellern dampft die rotgoldene Gemüsesuppe, in dicken Gläsern leuchtet der Wein.

Wüste, unheimliche Gesellen sitzen neben braunen Burschen mit offenen, ehrlichen Gesichtern. Ich weiß nicht, was mehr furcht: der Wein in ihren Gläsern oder ihre schwarzen Augen. Im Ramin prasseln die Holzschelte, und Eisengeruch erfüllt den niedrigen Raum. Ich nehme ihren Wein. Ich bin im Augenblick von ihnen umgeben, befragt, befeuert. Man ist höflich, höflich, oh, man ist herumgeraten. Englische, französische, deutsche Brocken schwirren auf mich ein.

„Auf dich war Doldichland. In Stuttgart. Vor Krieg. Bedienen fetz bill Geld. Doldische will gut...“  
„Il est encore cinq kilomètres à M...“

Ja, es waren noch fünf Kilometer bis in mein Dorf. Und ich fühlte mich nach den Anstrengungen der Wanderung unfähig, sie zu gehen. Hier in den Baracken zu übernachten, war unmöglich. Schon springen drei kräftige Burschen auf und bieten mir ein Boot gegen mäßiges Entgelt. Die Fahrt geht durch die Nacht. Die Riemen sägen. Gleichwohl wird gefungen und geschwatzt. In einer Stunde ist der Ort erreicht. Wir trennen uns.

Ich bin laion auf dem Heimweg, da ruft es durchs Dunkel hinter mir her. Einer der Burschen kommt und bringt mir — den Photographenapparat, den ich im Boot vergessen hatte.

„Niemand verläßt die Baracken!“  
Zwei Karabinkeri stehen an der Tür, zwei wässrigen.  
Was ist geschehen?  
Ein junger Kerl steht zitternd neben den Polizisten. Ihn laufen die Tränen über das magere Gesicht. Seine gesamten Ersparnisse

sind ihm gestohlen. Ein halbes Jahr hatte er gedurft, nicht an den weißgedeckten Tischen gefessen, Tag und Nacht Schicht gemacht. Noch einige Monate wollte er arbeiten wie ein Vieh, um dann in der Heimat einen kleinen Handel anzufangen zu können. Und nun war alles hin. Die eiserne Kassette des Aufsehers, dem er sein Geld anvertraute, war erbrochen. Seine Augen befeuern. Jeden einzeln scheinen sie zu fragen: hast du's? Es ist ein jämmerlicher Anblick.

Einer gesteht.  
„Ich dachte doch nicht, daß es sein Ersparnis wäre. Ich hielt es für die Lohnkasse...“

Im Kanal unter der Straße, mit Schotter bedeckt, hatte er's verborgen. Vollzählig, auf Heller und Pfennig.

In der Umgegend wird eingebrochen. Ist es ein einzelner oder eine Bande? Niemand weiß etwas. Natürlich heißt es: die Straßenarbeiter.

Jemand kauft einen Revolver, meldet ihn bei der Polizei an.  
„Woher?“  
„Ich fürchte einen Einbruch.“

„Wieso?“  
... Die Straßenarbeiter... Sechshundachtzig stehen unter polizeilicher Kontrolle...  
„Die Straßenarbeiter?“ Der Junge in der Karabinkeriuniform schüttelt den Kopf. „Das sind alles gute Kerle...“

Die Woche darauf wurde der Einbrecher gestellt. Es war ein Kunststihler.

## Ein Denkmal für Beethoven.

Von Robert Dreuer.

Bei Paul Cassirer (Viktoriastraße 35) zeigt Georg Kolbe den Entwurf für ein Beethoven-Denkmal. Er hat sich also mit dem unerquicklichen Ausgang des Wettbewerbes, den die Stadt Berlin veranstaltet hatte, nicht zufrieden gegeben, hat vielmehr an seinem damaligen Vorschlag weitergearbeitet, hat ihn entwickelt und — das darf man sagen — zur Reife gebracht.

Was Kolbe jetzt zeigt, drei stehende Figuren, vorn ein nackter männlicher Körper, die Arme über der Brust gefaltet und von Kraft durchströmt, das Haupt überhangen von Energiezügen, die an das Porträt anklängen, dahinter zwei weibliche, in immaterielle Gewandung gehüllte Genien, hingegen von der inneren Stimme und ganz gelöst im Gefühl: das ist musikalisch empfunden, das musiziert, macht den Stein und den Beschauer tönen. Was wir zu sehen bekommen, ist ein Modell; für die Wirklichkeit ist zweifellos hohle Vergrößerung beabsichtigt. Dann werden die Figuren etwa neun

Meter hoch sein. Und dann kann geschehen, daß die Musik verdampft und eine virtuose Plastik hoher Qualität übrig bleibt. Das ist aber nicht die einzige Zweifelsfrage, die sich vor dieser musizierenden Gruppe aufwirft. Sie steht hier im Salon vor einer neutralen, glatten Wand, sie wird von rechts und von links je durch eine starke Lichtquelle beleuchtet. Wiederum in der Wirklichkeit soll die Gruppe auf dem Balkonplatz, dicht vor der Fassade des Hauses der Volksbühne stehen. Sie wird also einen verhältnismäßig unruhigen, durch Licht und Schatten stark bewegten, einen plastisch akzentuierten Hintergrund haben. Das Licht wird von allen Seiten her auf sie einfallen, die Südsonne wird die Gruppe von vorn treffen. Dann bleibt zu fürchten, daß der plastische Reiz sich erheblich verflüchtigt, daß der Fluß der Linien, der jetzt äußerst reizvoll wirkt, zerfließt, daß die Kammermusik, die (bei Cassirer) in den vier Wänden beständig klingt, in alle Winde zerfährt.

Wohl verstanden, das alles drauß nicht zu geschehen; aber die Wahrscheinlichkeit, daß es geschieht, ist nicht gering. Die Rückseite der Gruppe ist nur andeutungsweise ausgebildet, man sieht die Silhouetten der Körper nur ganz ungefähr, unterhalb der Rücken blieb der Stein (heute noch Gips) fast unbearbeitet, gepulvert. Diese Rückseite wird von allen, die das Theater verlassen, zuerst ins Auge gefaßt werden. In natürlicher Größe kann ein Unruhberd dieser erste Eindruck sein. Solche Wahrscheinlichkeit ist beinahe Gewißheit. Die Furcht meldet sich, den schönen Gesichtskomplex, den Kolbe in der Größe des Modells noch zusammenhält, durch die geplante Vergrößerung nicht nur gefährdet, nein, vernichtet zu sehen. Die Ursache solcher Sorge ist deutlich: Kolbes geniale Begabung erschöpft sich in Formalen, die das natürliche Maß der Körper nicht übersteigen, die eher und überzeugender noch darunter bleiben. Am Monumentalen erstickt Kolbes innere Feinheit. Zum mindesten: der Bildhauer der schwingenden Reihen begibt sich in Gefahr, wenn er sich auf das Terrain des Pathos und des Platons begeben läßt.

Ob die Bifion, die Kolbe erlebt hat, und die er träumerisch sichtbar werden ließ, dem Geiste Beethovens zugehört? Der Klang, der über der Gruppe liegt, scheint mehr Mozart zu sein. Kokotahalte Gotik. Im Grundgefühl: Rodin. Zwangsläufig erinnert man sich der unsterblichen Bürger von Calais. Aber das Bedenken ist unstillbar, daß Kolbes sublimen Schöpfung nicht unsterblich sein wird, weil sie das Schicksal hat, ein Spätling zu sein. Sie kommt ein Vierteljahrhundert zu spät. Sie ist in einem höchsten Sinne nicht mehr notwendig. Das, was sie zu geben vermag, ist bereits gegeben worden. Das, was Kolbe schaffen wollte, ist, so darf man wohl sagen, für unsere Zeit unerreikbaar. Auch ein Meister konnte das Ziel nicht erzwingen. Die Aufgabe ist falsch gestellt. Die Stunde für eine plastische Gestaltung der Unverfalltheit Beethovens scheint fürs erste vorübergerauscht oder: noch nicht wieder gekommen zu sein. Der Eindruck bleibt unabweisbar, daß es vielleicht selbe, aber jedenfalls klüger wäre, das Abenteuer eines Beethoven-Denkmal nicht zu wagen, es aber jedenfalls nicht mit den Mitteln von gestern zu unternehmen. Wer Kolbe liebt, muß ihn bitten, dem schönen Traum, den er da geträumt hat, nicht die Schwingen zu brechen. Besseres dürfte hier Sieg sein.

## Der Regenbogen unter dem Glase.

Von Obering. S. J. Gramakki.

In langen Reihen stehen die Maschinen, und wir sehen hin- und herschwingende Hebel mit Bleigewichten belastet, die einer Schar unruhig bewegter Köpfe gleichen. Überall leuchtet auf diesen Maschinen eine rote Farbe, und wenn wir die schwingenden Hebel betrachten, so erkennen wir, daß sie schwere eiserne Schalen hin- und herschieben, deren Ränder ebenfalls von dieser roten Farbe verschmiert sind. Von Zeit zu Zeit blüht es unter den eisernen Schalen auf. Wir sehen Glas, runde Glaskugeln, einige halbkugeln.

Auf diesen Maschinen werden Linsen für optische Instrumente poliert und der rote Stoff ist Polierrot, Eisenoxyd. Der Optiker, der die Maschine bedient, bewegt einen Hebelarm und der hin- und herschwingende Hebel der Maschine stellt still, wird zurückgeschwenkt, und mit einem kräftigen Griff wird die gußeiserne Polierschale von den Linsen abgehoben. Der Optiker schraubt jetzt die Ritzschale, auf der sich die Linsen befinden, von der Achse ab, die sie während des Polierens in Drehung erhält, reinigt die Linsen aufs sorgfältigste und nimmt dann eine Glassplatte zur Hand, die er vorher nicht minder sorgfältig geäubert hat. Diese Säuberung besteht nicht etwa darin, daß man mit einem Lappen die Glasfläche gründlich abwischt. Nein, die Glasfläche wird erst mit Spiritus befeuchtet und dann mit einem sauberen Leinwandlappen gründlich abgewischt und darauf mit einem feinen, vorher nochmals geäuberten Pinsel abgeputzt. Dies zweite mit größter Sorgfalt gereinigte Glas ist das sogenannte Probeglas oder Pöhlglas, mit dessen Hilfe der Optiker mit einer aus unvorstellbare grenzenden Genauigkeit feststellt, ob die der Polierbank entnommenen Linsen die gewünschte Form haben.

Ist die Linse noch außen gewölbt, also konvex, so ist das zu ihrer Prüfung dienende Pöhlglas hohl, also konkav. Das Pöhlglas ist gewissermaßen das Ideal, an welchem die Linse geprüft wird. Dieses Pöhlglas hat der Optiker dadurch hergestellt, daß er zwei Gläser mit einer bestimmten vorgeführten Krümmung aufeinander einschließt und poliert, bis sie in jeder Lage genau aufeinander paßten. Das ist nur möglich, wenn beide Flächen wirklich ideale Kugelflächen sind. Der Optiker legt also jetzt das Pöhlglas an die Linse an. Wer eine optische Werkstätte besucht, dem wird diese Prüfung einer Linse stets vorgeführt, und wer ein wenig Zeit hat zu überlegen, den wird der Vorgang nachdenklich stimmen. Doch darüber später! Was geschieht nun, wenn der Optiker das Pöhlglas auf die Linse aufgesetzt hat? Es treten Farben auf, Farben, die in Bogenform verlaufen und ganz die gleiche Reihenfolge der Farben zeigen wie der Regenbogen, nämlich rot, gelb, grün und bisweilen auch blau, in der Hauptfarbe aber rot und grün. Das ist der Regenbogen unter dem Glase. Bekümmert er in idealen Kreisbögen, dann ist die Oberfläche der Linse wohl von guter Kugelform, aber die Krümmung stimmt nicht. Dies ist erst dann der Fall, wenn der Regenbogen unter dem Glase verschwindet und an seiner Stelle eine einzige weiß blaue Farbe, oft ein Hauch von Himmelblau auftritt. Jetzt paßt das Probeglas genau auf die Linse, denn der Regenbogen ist ein Kind der

Diffranz. Die Schwingungen, die wir Licht nennen, geraten bei ihrer Reflexion an den nicht völlig miteinander übereinstimmenden Flächen von Linse und Probeglas miteinander in Konflikt, und die von diesem Konflikt am heftigsten betroffenen Schwingungen bzw. was das heißt ist, Farben, werden ausgelöscht, während die anderen wieder in Uebereinstimmung schwingenden sichtbar bleiben.

Geschieht es gar, daß beim Polieren die Fläche der Linse nicht kugelförmig wurde, dann verrät sich dies unweigerlich an Ungleichmäßigkeiten des Regenbogens unter dem Glase. Er ist nicht mehr kreisförmig wie sein himmlischer Bruder, er wird elliptisch oder gar mehrfach gekrümmt, und die Linse, deren Fehler auf diese Weise offenbar werden, kommt wieder auf die Polierbank, und die aus Pech bestehende Polierschale wird mit Hilfe einiger Kunstgriffe dem Fehler der Linse entsprechend ein wenig verändert, um das mißratene Stück schließlich doch noch dem Ideal nahebringen.

Dieser Regenbogen unter dem Glase verrät dem Auge des Optikers Unebenheiten der Linse, die wir mit keinem anderen Messinginstrument auf so einfache Weise erkennen können, denn sie betragen nur Bruchteile eines Tausendstel Millimeter! Nicht nur die Genauigkeit gewölbter Flächen läßt sich auf diese Weise prüfen, auch, ob ein Glas wirklich eben ist, sagt uns der Regenbogen unter dem Glase. In diesem Falle nimmt der Optiker ein ebenes Pöhlglas, und zwar eines aus Bergkristall, und legt es wiederum nach gewissenhafter Säuberung auf die zu prüfende Glasfläche. Treten Ringe auf, so ist das Glas nicht eben, sondern gewölbt. Das Pöhlglas verrät in diesem Falle, ob eine Glassplatte von der Größe einer Ansichtspostkarte wirklich ein Stück einer idealen Ebene ist, oder ein Stück einer Kugel von einem Kilometer Durchmesser.

Wenn wir die stumme Sprache des Regenbogens unter dem Glase deuten, so dürfen wir uns nicht zu Trugschlüssen verleiten lassen. Eine Kraft ist hier mit im Spiel, die uns Fehler und Vorzüge vorläufigen kann: die Wärme. Es kann geschehen, daß die warme Linse vorzüglich ins Probeglas paßt, um nachher, wenn sie normale Temperatur erreicht hat, sich vom Ideal erheblich zu entfernen. Biederum vermag ungleichmäßige Erwärmung die Fläche einer idealen Linse so zu verzerrern, daß wir beim Anlegen des Probeglasses ein ablehnendes Urteil über sie fällen.

Was der Linse passiert, kann auch dem Probeglas geschehen, es kann durch ungleichmäßige Erwärmung oder infolge einer Beschädigung, die gar nicht besonders auffällig zu sein braucht, seine ideale Gestalt verlieren. Und nun wird den Linsen, die man mit diesem Probeglas nachprüft, ein Unrecht noch dem anderen zugefügt. Die Linsen, die alle Fehler des Probeglasses acrytisch kopieren, erscheinen als ideale, und die wirklich guten Linsen werden vielleicht zurückgemessen und müssen auf die Polierbank, bis sie alle Fehler des Probeglasses annehmen und das Diplom des Ideals erhalten. In der optischen Werkstatt wird solches nicht vorkommen. Der Meister und seine Optiker kennen die Tücken nicht nur der Linsen, sondern auch der Probiergläser.



